

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

174 (31.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83933](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83933)

Der Tagl. Rundschau" heißt man, daß schon bei Empfang des Schreibens des Runtius sich herausstellte, daß Erzberger von dem Briefe wußte. Der Runtius muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war.

Zu den Weimarer Debatten am 29. Juli.

× Berlin, 30. Juli. (Drabik.) Zur gestrigen Niederlage der Opposition und zum Vertrauensvotum für die Regierung schreibt die „D. A. Z.“: Es steht fest, daß die Debatten sich in Wahrheit, von denen man nicht sagen kann, daß sie für die innerpolitische Lage wie für die Lösung, die wir wieder beanpruchen, zweckmäßig gewesen seien. Die Nationalversammlung hat über den Streit über die Schulfrage viel Kraft und Zeit verwendet, wo andere Arbeiten drängen. Die Regierung hat diese Debatten nicht gewollt; sie wurden veranlaßt von der Opposition der Rechten, die sich in Wort und Schrift seit Wochen in Angriffen überbot.

Im „L. o. k. - A. n. z.“ wird ausgeführt, daß von vornherein feststand, die Mehrheitsparteien würden sich nicht abbalen lassen, der Regierung das Vertrauen zu votieren. Jetzt ist es Pflicht des ganzen Volkes, alle inneren Gegensätze zuzuschleifen.

Die Erzbergerrede der „Welterzeitung“.

Die „Welterzeitung“, bekanntlich das höchsten- und zentrumsfeindlichste Blatt Norddeutschlands, verfolgt Erzberger und das Zentrum mit geradezu borniertem Hass. Nichts ist zu wichtig, wenn es nur in den Kampf paßt, als daß es nicht für wert gehalten wird, gegen Erzberger ausgebeutet zu werden. Alles Winden und Drehen hilft aber nicht daran vorbei, daß die alldeutschen Kreise 1917 einen Zentrumsfrieden oder einen Frieden durch Vermittlung des verhassten Rom nicht wollten. Im Oktober 1917 nannte die „Welterzeitung“ die Reichstagsmehrheit „stranzige Wesellen“. Würdig schließt sich daran ihre Wutepistel aus der Morgenausgabe vom 30. Juli, in der von Erzberger als des hohen Sinners aus dem Lande der Pfaffen“ und vom Zentrum als von „schwarzen Wärdern“, die jeden, der mit ihnen pakliert, betrügen, geredet wird. Alle Wut ist jedoch vergebens, die Wahrheit kommt an den Tag. Es ist der Wille des deutschen Volkes, das es geschickt, Kaufende und Abertaufende, die seitdem als Opfer des Krieges und Leben lassen mußten, werden als Ankläger gegen diejenigen aufstehen, die die Friedensmöglichkeiten von 1917 in Keime ersticht haben.

Die Geheimdiplomatie des Kaisers Nicolaus.

W.B. Berlin, 28. Juli. Zu der Mitteilung, daß Reichsminister Dr. Michaelis auch dem Vizekanzler von Papen das Friedensangebot der Entente verheimlicht hat, schreibt der „Vorwärts“: Durch diese Mitteilung wird das verheimlichte Urteil über die Geheimdiplomatie des Dr. Michaelis bekräftigt. Dieser Mann hat sich unerkennbar den wichtigsten Schritt in der diplomatischen Kriegsgeschichte vollständig auf eigene Faust, nur im Einvernehmen mit der Heinen hinter ihm lebenden Kluge von Kriegsreidern zu tun. Hier legt das eigentliche Verbrechen des Michaelis Handeln. Er war Herr v. Papen und dem Siebenerauschuß zur genauesten Information verpflichtet, statt dessen hat er ihnen die wichtigsten Tatsachen verheimlicht und auf diese Weise das Parlament und über das Parlament das Volk belogen und betrogen. Die Handlungsweise gehört unbedingt vor den Staatsgerichtshof.

Die Friedensbemühungen Czernins.

W. Berlin, 28. Juli. Am Abt.-Uhr-Abendblatt veröffentlicht der Schriftsteller K. Fr. Nowak Mitteilungen über ein Gespräch, das er im März d. Js. mit dem Grafen Czernin über dessen Friedensbemühungen hatte. Graf Czernin teilte ihm mit, daß er noch vor dem Eintreten Rumäniens in den Krieg sich lebhaft bemüht hatte, den Frieden herbeizuführen. Feldmarschall Konrad o. Höbenorff war durchaus der Czerninschen Ansicht, erklärte aber, daß die Schaffung eines Friedens die Sache der Diplomaten wäre. Graf Czernin teilte für seine Friedensbemühungen voraus, daß der Frieden auf der Grundlage des Status quo ante bellum geschlossen werden müsse. Aber damals war der Status quo nicht mehr herzustellen, die Entente wollte nicht. Meine späteren Bemühungen sind an Ludendorff gescheitert, aber daran, was man den Ludendorffs nennt. Je besser die Dinge militärisch zu stehen schienen, desto weniger wollte man auf deutscher Seite auf einen Frieden ohne Eroberungen eingehen. Sowas ist die Lage ein wenig, so war man höchstens bereit — aber dies nur höchstens — auf einen Frieden mit unterirdischem Stillstand einzugehen. Von Opfern wollte man keinesfalls etwas wissen. Ueber die Vorschläge, die Graf Czernin zur Herbeiführung eines Friedens machte, teilte er mit: „Ich bot Gallizien zur Angliederung an Polen an, der deutsche Kaiser sollte König von Polen werden, aber Deutschland sollte sich von Elb- und Ostpreußen trennen. Mit einem Wort: Ich war bereit, das Kriegsoffer die Monarchie zahlen zu lassen, wenn nur ein Frieden durchzuführen war. Ludendorff aber lehnte ab. In Preußen glaubt man sich für den Verständigungsfrieden ehrlich und überzeugt, aber was half mir damals mein Verdienst?“. Somit ist die deutsche Front aufzulösen, die von Riga bis ans Schwarze Meer hinunter reicht? Ich bin in Bestürzung. Die Mintiurausgabe von Wilson gewesen, jetzt hat Wilson den Willen zum Verständigungsfrieden und Hoch kommandiert die Front, die der Präsident nicht auflösen kann.

Reichsminister Giesberts zu den Tagesfragen.

Die Zentrumsparlei in Düsseldorf hatte am Sonntag eine geschlossene Mitgliederversammlung veranstaltet, in der Reichsminister Giesberts vor mehr als 3000 Zuhörern über Frieden und Revolution sprach. Wir haben am Montag (schon kurz darüber in einem Telegramm berichtet, lassen aber hier noch einen ausführlicheren Bericht folgen, da die Ausführungen des Ministers auch in weiteren Kreisen Bedeutung haben werden.

An die Spitze seiner anderthalbstündigen Darlegungen stellte Redner eine Erklärung zum Vorgehen des Reichsfinanzministers Erzberger. Dieses Vorgehen sei durch die Opposition herausgefordert worden; sie habe der jetzigen Regierung immer wieder vorgeworfen, ihr sei, gestützt vom Zentrum und der Sozialdemokratie, durch Unterzeichnung des Friedensvertrages die Hauptlast an der frühen Zukunft Deutschlands zugeworfen. Bei diesen Vorwürfen wolle die Regierung die Kriegsakten öffnen, und weitere Erklärungen würden nicht ausbleiben, um darauf, daß während des Krieges ungeeignete Männer an der Spitze der Regierung standen. Fest stehe, daß die damalige Reichsleitung ein Friedensangebot vier Wochen unbeantwortet gelassen habe, und ihre Antwort sei nichtssagend gewesen. Aus der Erklärung des Herrn Michaelis ersehe man, welche Unstichheit und Falschheit in der Färrung damals in Deutschland herrschte. Damals habe Helfferich nachzuweisen versucht, daß England durch den Unterbesokrieg sicher zusammenbreche, und Capelle habe das Wort geprägt, „Amerikas militärische Bedeutung sei gleich Null. Wir hätten an den Sieg geglaubt.“

Redner prüfte den Friedensvertrag auf seine Schwere und Erfüllbarkeit und sagte: Das Schicksal des deutschen Volkes ist ein Menetekel für alle Herrscher und Staatslenker der Zukunft, daß man ein Volk nicht so ausschöpfen darf, wie man das deutsche 4 1/2 Jahre ausschöpfte hat. Draus ist das Chaos entstanden, vor dem wir heute stehen. Hier im Westen ist die Partei vollgepflegt mit Gegenfragen über allerlei Fragen. Wir müssen den gewaltigen Schritt offen und ehrlich tun und auf den neuen Boden treten, der durch die Revolution geschaffen ist. Nicht der letzte Grund unserer Niederlage ist darin zu suchen, daß Deutschland ein so widersprüchliches, unvollkommenes Staatsgebilde während des Krieges gewesen ist, ein Gemisch von allerlei Regierungen und Rechten. Heute liegen diese großen Mängel offen vor unsern Augen. Deshalb wird, wenn wir aufbauen wollen, nicht die Frage sein, ob Monarchie oder Republik, sondern der Hauptpunkt wird sein die Schaffung einer guten Staatsidee, die Land und Volk umfaßt und organisch die Zukunft unseres Landes sicherstellt. Das wichtigste für unsere Zukunft ist ein einheitlich geschlossener Staatsaufbau. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir manches müde beurteilen, besonders die Revolution.

Die Revolution ist das Kind der Niederlage Deutschlands. 2000 Mann hätten in Berlin in 24 Stunden die Revolution niedergeschlagen. Wo aber waren damals die Herren, die heute kein gutes Haar an der Regierung lassen? Wir müssen nicht rechten, ob dies oder jenes gut oder schlecht war, festhalten müssen wir an einem: Nicht zweifeln und aus diesen Zeiten heraus ein neues Deutschland bilden.

Wir von der Zentrumsparlei sind in die Regierung gegangen in der Verantwortung, daß ohne uns Anarchie in Deutschland herrschen würde. Gegenüber der Sozialdemokratie werden wir uns auch in Zukunft nicht das geringste vergebens in im Kampf für unsere religiöse und sittliche Weltanschauung. Die Menschen, die mit uns im Kabinett sitzen, sind ehrliche, offene, charaktervolle Männer, denen nichts fern liegt, als Fanaliker zu sein, und die den praktischen Blick für unsere Lage nicht verloren haben, und diese Männer sind in noch schlimmerer Lage als wir. Sie erleben die größte Enttäuschung. Für die sozialdemokratische Partei konnte es vielleicht kein größeres Unglück geben, als einem hankerosen Staat zu überreichen und auf diesen Krämmern versuchen zu müssen, ihren Staat durchzuführen. Wir müssen ehrliche Bekreudungen unterlassen und dürfen Deutschland nicht der Anarchie preisgeben. So wie die Monarchie aus Deutschland verschwand, läßt das keine günstigen Perspektiven für die Zukunft der Monarchie zu. Wenn 22 Monarchien in 24 Stunden gestürzt werden, und wenn keiner von ihnen den Rat hatte, sich in die Brezche zu stellen, nachdem wir 1,5 Millionen tote im Kriege verloren hatten, da kann man uns nicht zumuten, den monarchischen Staatsgedanken als den allein richtigen zu verfechten.

Zu finanziellen Opfern werden auch die Kreise praktisch heranzuziehen sein, die nach der Revolution noch Gewinne gemacht haben. Mit der Steuerlast muß endlich ein Ende gemacht werden. Die Arbeiterwelt in Deutschland gibt keine Ruhe bis der Weg seine volle Pflicht gegenüber dem Staat getan hat. Darin aber müssen wir auch Maß halten und bei der Erledigung der Steuerfragen den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen. Jetzt heißt es Deutschland aufbauen. Das Volk erwacht langsam aus dem Rausch. Bald kehrt ein besseres Glauben wieder, eine Zukunft, die sich das Volk selbst baut in dem Glauben an sich und seine Kraft.

Die Politik des Zentrums.

Nachdem die Demokraten wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage aus der Regierung ausgeschlossen waren, und Zentrum und Sozialdemokratie allein die Regierungsmehrheit bildeten, setzte in der gegnerischen Presse, vor allem aber

in den alldeutschen Blättern eine ungläubische Wut und verlogene Hege gegen das Zentrum ein. In der Hauptsache richteten sich die gegen das Zentrum erhobenen Vorwürfe gegen sein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung, gegen seine Haltung in der Friedensfrage und in der Schulfrage. Und diese Vorwürfe wurden und werden in einer solchen Form und in einer solchen Gehässigkeit erhoben, daß sie im höchsten Grade geeignet sind, außer ganzes politisches Leben völlig zu vergiften.

Es ist deshalb freudig zu begrüßen, und weiteste Kreise der Anhänger des Zentrums werden dankbar dafür sein, daß in der großen politischen Aussprache in der Nationalversammlung in Weimar am Freitag der Abg. Dr. Brauns die Gründe für die Haltung und die Politik des Zentrums in ausführlicher Weise darlegte. Wie in früheren Jahren, so haben auch jetzt in den Kampf gegen das Zentrum unsere Gegner unserer Partei die wollesten Einnung abspreschen wollen. Es ließ ihnen solchen schändlichen Vortwurf berechtigen, denn das Zentrum hat in den langen Friedensjahren und auch in den harten Jahren des nun hinter uns liegenden schweren Krieges Beweise genug dafür erbracht, daß es sich an nationaler Einnung von keiner anderen Partei übertreffen läßt. Unter dem lebhaften Beifall sagte dann auch Dr. Brauns sehr richtig, daß wir keine Verfestigung unserer nationalen Einnung brauchen. Gerade, weil das Zentrum eine nationale Partei ist und nicht, wie unsere Gegner von rechts es tun, national mit nationalisierendem Verwecheln, gerade, weil es aus seiner nationalen Einnung heraus seine ganze Kraft für das Wohl des Vaterlandes jederzeit einsetzt, gerade darum hat es sich mit der Sozialdemokratie zur Ueberrahme der Regierung zusammengeschlossen. Wenn ohne Sozialdemokratie ist heute eine Regierung nicht möglich.

Aus der Not des Augenblicks heraus, hat das Zentrum trotz unüberwindbarer Gegensätze in der beiderseitigen Weltanschauung sich mit der Sozialdemokratie zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden. Es galt, zu handeln und den Verdächtigungen und Schmähungen der Leute, die selbst vor der riesenschwer lastenden Verantwortung zurückschreckten, das Vaterland vor einem noch schlimmeren Zustand, als der es war, in dem es sich befand, zu bewahren. Hätte auch das Zentrum sich feige vor der Verantwortung gedrückt, dann wäre unser Vaterland reifungslos dem Chaos verfallen. Dieselben Gründe, die das Zentrum zu einer Teilnahme an der Regierung veranlassen, bestimmen es auch, für die Unterzeichnung des Friedensvertrages einzutreten, da es sich noch reiflicher Überlegung den ungeheuren Gefahren, die eine Ablehnung, die tatsächlich jedoch nur ein Hinabschieben gewesen wäre, mit sich bringen müßte, nicht verschließen konnte. Krieg und Bürgerkrieg, Anarchie und wilde Streiks wären die vernichtenden Folgen gewesen. Es galt aber, aufzubauen und nicht noch mehr zu vernichten. Man spricht so gern von dem Schmachfrieden, das Zentrum unterzeichnet habe. Aber diese Schmach ist nicht unser Schmach, sondern neben denen, die uns diesen Frieden anzwangen, auch diejenigen, die nach dem Heranziehen des unverschämten Verhängnisses ihr „Rein des Affens“, wie Dr. Brauns sagte, sprachen und Volk und Vaterland nicht am Leben erhalten wollten.

Auch so das Verantwortungsgesühl gegenüber der Gesamtheit des Volkes und seine wahrhaft nationale Einnung dem Zentrum ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie als unbedingt notwendig erscheinen, so war es doch weit davon entfernt, bei dieser Zusammengehörigkeit mit der Sozialdemokratie seine grundsätzliche Stellungnahmen zu allen prinzipiellen Fragen auch nur im geringsten zu ändern. Das zeigte sich vor allen Dingen bei der Beratung der jetzt vor dem Abschluß stehenden Reichsberatung. Und es wäre grundfalsch, aus der Mitarbeit des Zentrums an dieser Verfassung nun den Schluß zu ziehen, daß das Zentrum sich dadurch auf eine bestimmte Regierungsform verpflichtet. Durch seine Mitarbeit erfüllt das Zentrum vielmehr nur die von Gott gewollte Pflicht, die neue Ordnung der Dinge zu stiften, damit überhaupt wieder Ruhe und Ordnung in unserm Vaterlande einkehrt. Ganz besonders aber hat das Zentrum in der Schulfrage bewiesen, daß es durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auch nicht ein Jota seiner Prinzipien aufzugeben gewillt ist. Und auch da hat man versucht, mit allen Mitteln pädagogischer Art eine Hege gegen das Zentrum zu inszenieren. Die Lösung, die gefunden wurde, ist eine staatskluge, praktische und dauernde Lösung auf der Grundlage politischer Toleranz, die unser Vaterland von neuem schweren Unheil, wie es ein Kulturkampf unbedingt hätte mit sich bringen müssen; bewahrt hat. Und was der Abg. Dr. Brauns am Schluß seiner Rede, die eine glänzende Rechtfertigung der Haltung und der Politik des Zentrums darstellte, von der Nationalversammlung und von der Regierung sagte, daß sie nämlich nach Abschluß des Verfassungswerkes ruhigen Herzens vor dem Richterstuhl der Geschichtschreiber stehen können, das gilt in gleichem Maße und erst recht für die Politik, die das Zentrum in der Frage der Regierungsbildung, in der Friedensfrage und auch in der Schulfrage getrieben hat.

Österreich-Ungarn.

Westeritz erzählt zehn weitere Tage Freiheit. In Haag, 29. Juli. Die Friedenskonferenz hat ein Gefühl des österreichischen Staatskanzlers um eine Verleumdung von zehn Tagen zur Bewältigung der gestellten Bedingungen genehmigt.

Frankreich.

Frankreich erhält die deutschen Kriegsschiffe. W.B. Versailles, 30. Juli. (Drabik.) Der Kaiser hat sich geeinigt, Frankreich die deutschen Kriegsschiffe auszuliefern.

Aus dem Kaiserreich.

W.B. Versailles, 30. Juli. (Drabik.) Der Oberste Rat der Alliierten ist gestern nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um über den bulgarischen Friedensvertrag zu verhandeln. Kempf glaubt zu wissen, daß die bulgarischen Grenzen noch nicht festgelegt sind. Die Doppeltschfrage besonders sei noch nicht gelöst, man neige der Ansicht zu, sie von Bulgarien und Rumänien durch direkte Verhandlungen lösen zu lassen.

Amerika.

Ausrichtungen in Chicago. W.B. Chicago, 30. Juli. (Drabik.) Reuter meldet, daß bei den Ausrichtungen, die von neuem begannen, ein Negler getötet und zwei verwundet wurden. Die gestrigen Opfer werden auf 50 Tote und über 500 Verwundete geschätzt. Truppen sind entsandt, um weitere Ausrichtungen zu verhindern.

Verchiedene Nachrichten.

Bauerdemonstration in Hessen.

Darmstadt, 28. Juli. Die heftige Regierung hat aus Anlaß der großen Bauerdemonstrationen in Hessen gegen die Zwangsversteigerung Verhandlungen mit den Führern der Demonstrationen eingeleitet. In einer Konferenz in Friedberg machte nur der Vertreter des Bauernvereins angesichts auf den Ernst der Lage aufmerksamt und wies auf die Folgen eines Ernährungsstreiks hin. Die Landwirte erklärten, daß sie einen solchen Streik verweigern würden. Das Ernährungsstreik wurde nur grundfalsch Forderungen in der Zwangsversteigerung der Preiskaufungen zu. Während der Demonstrationen wurden in einem Orte bei Friedberg die Viehplattler gewalttätig aus der Bürgermeisterei geholt und auf offener Straße verwundet. Das Kreisamt Friedberg hat nunmehr an den meisten Orten des Streites aus sicherheitspolitischen Gründen die Kataster eingezogen und erklärt, daß nunmehr Verhandlungen bei den Katastern vorgenommen werden sollen.

Der Kaiserprozess.

Genf, 29. Juli. Nach dem New York Herald wurde noch nicht endgültig entschieden, ob Wilhelm II. in London oder in irgend einem anderen Ort des britischen Reiches abgeteilt werden soll. Es wird ein a. Scapa auf den Ozean gehen und die Rede haben, den Mann aufzugeben. Die Regierung ist entschlossen, die vom Rat der Alliierten in Versailles gefassten Beschlüsse durchzuführen.

Kahretzlose Kohlenfrei für Italien?

W. Lugano, 29. Juli. Es hat ganz den Anschein, als ob die Entente an Deutschland das Verlangen stellen wird, der italienischen Kohlen nicht dadurch abzugeben, daß es ihm im August 175000 T. Kohretzlose Kohlen liefert.

Die Entente verlangt den Rücktritt Bela Kuns.

W. Wien, 29. Juli. Die Verhandlungen der Vertreter Ungarns mit Oberst Summingham sind vorläufig gescheitert, weil die Entente den Rücktritt Bela Kuns verlangt.

Kleine Nachrichten.

Die erste Weizenladung aus Argentinien ist mit einem englischen Dampfer am Sonntag in Hamburg entgessen. Der erste Kriegsgesangentransport — 374 Gefangene — ist am Freitag im Gültzer Durchgangslager entgessen. Ein regelmäßiger Dampferverkehr zwischen Hamburg und Nordamerika ist eingerichtet. Ein königlicher Erlass kündigt die Ermächtigung zur Wiederaufnahme des Handels zwischen Italien und Deutschland an. Der italienische Botschafter in Washington ist wegen Reibereien zwischen ihm u. Wilson abberufen worden. Amerika hat die Ausfuhr nach Mexiko verboten. Der bekannte Beamtenführer Marx ist wegen Begünstigung verhaftet worden.

Deutsches Reich.

Die kommende Kohlennot.

Berlin, 28. Juli. Ueber die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen in Deutschland ist eine Korrespondenz von maßgebender Stelle: In erster Linie werden die Eisenbahnen berücksichtigt, dann die Lebensmittelschiffe, die Lebensmittelfabriken und der Hausbrand. Zuletzt kommt die Industrie danach. Der Bedarf unserer Industrie beträgt nach dem jetzigen Stande insgesamt 94 Millionen Tonnen Kohlen, monatlich nur etwa 10 Millionen Tonnen geliefert werden können. Wenn also die Kohlenförderung nicht ganz bedeutend gehoben wird, so daß die Industrie bedeutend größere Mengen erhalten kann, wird man in Deutschland mit einer großen Arbeitslosigkeit von Arbeitern und Angehörigen zu rechnen haben. Im eine Mehrförderung von Kohlen zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, sofort ein Schiedsgericht in den Bergwerken einzusetzen, das alle Lohnforderungen zu regeln hätte und freigestellte Untersuchungen gegen Streiks vorzunehmen. Der Verbrauch des Hausbrandes wird ebenfalls gegen das Vordrängen erhe-

nicht eingeschränkt werden müssen, falls die Produktion auf der bisherigen Höhe gehalten werden soll.

Ein böser Druckfehler.

Die „Tägliche Rundschau“, eines der Blätter, die in der begabtesten und persönlichsten Weise den Kampf gegen den Reichsminister Erzberger führen, ist in ihrer Besprechung der Abrechnung Erzbergers mit den Alldeutschen einem bösen Druckfehler zum Opfer gefallen. Nach ihr waren die niederhöckernden Enttäulungen Erzbergers nur „Schuldfingergläser“, während der deutsch-nationale Abgeordnete v. Graefe in unangenehmen Sägen gesprochen habe. Sie rühmt Graefe als einen der begabtesten Köpfe der Nationalversammlung und sagt dann: „Wenn jemand verteilte ist, so ist er es.“ — Über solche das am Ende kein Druckfehler sein und die richtige Erkenntnis nach der „Täglichen Rundschau“ zu dämmern beginnen?

rd. Immer wieder gegen Erzberger.

Der „Sonn-Cour.“ wendet sich in der Nr. 3433 vom 20. Juli gegen unsere Artikel „Schuld“, weil wir dort es so laienhaft hätten, als ob die Welt durch die sittlichen Kräfte schlichter gewesen seien, als in Frankreich. Damit hat unser Blatt aber daneben getroffen, denn der Verfasser der Artikel sagt ausdrücklich, daß er diese Auffassung ablehne. Zur Illustration der sittlichen Auffassung wollen wir hier kurz die Meinung der „Sonn-Cour.“ vom 15. Juli d. Js. einfügen, daß nach Berichten aus dem Rheinlande der französische Militärgouverneur für seinen Wechselsbereich die Aufführung von Schönlagers Bauerntragödie „Der Weibsteufler“ verboten habe. In unserem ersten Artikel war auch die Tatsache, daß der „Weibsteufler“ bei uns immer wieder aufgeführt werde, als besonders kennzeichnend bezeichnet worden. Weiter sucht das Blatt die Ansicht, daß gerade protestantische Regimenter bei uns im Vordergrund in Belgien verhandelt seien, durch die Behauptung zu entkräften, daß man von protestantischen Regimenten nicht reden könne. Solches mag für die letzte Zeit zutreffen, wo man die Konventionen und Kaufverträge durcheinander wirfeln, aber wohl niemand wird in Abrede zu stellen wagen, daß zum Beginn des Krieges die Regimenter aus Rommer und Brandenburg so ziemlich katholischer waren. Die Römten sind unsere Artikel scheint aber für das Blatt nicht die Hauptfrage gewesen zu sein, das läßt der Schluß seiner Ausführungen klar erkennen, wo es den „Kaufverträge und Zentrumsführer“ Erzbergers als den Hauptbündigen an allem Unheil hinstellt, das uns betroffen hat. Um hätte wir den Zusammenbruch unserer sittlichen Kräfte und den schändlichen Waffenstillstand zu danken. Zu diesen Behauptungen brauchen wir nach den Ausführungen Erzbergers in der Nationalversammlung wohl nichts weiter zu sagen. Daß aber der „Hannoversche Courier“ nichts gegen das am ersten rechtigsten Friedensschluß zu erlangen, zeigt sein Verhalten im Oktober 1917, wo er noch jetzt eintrat, daß der Reichstag die Friedensresolution für hinfallig erklären solle, daß das Blatt zum Schluß den Reichsfinanzminister als Hauptursache für Deutschland erklärt, weil er die für die Aufrechterhaltung Deutschlands unbedingt notwendigen Gelder zusammenbringen will, verstehen wir recht wohl. Den Reichsfinanzminister verfallen die Artikel, welche dem „Hannoverschen Courier“ nahe stehen, mit ihrem besonderen Raff, weil sie fürchten, daß Erzberger in seinen Finanzplänen das Kapital nicht verschonen wird.

Weiteres Sinken der deutschen Valuta.

21. Juli, 29. Juli. Der Markkurs in der Schweiz fällt weiter. Der absolut niedrigste Kursstand wurde gestern mit 33 Cts. erreicht. Das Angebot von deutschem Papiergeld nimmt immer größeren Umfang an. Millionen deutscher Reichsmarkscheine werden auf den hiesigen Markt geworfen, ohne daß die Kaufkraft sich hebt. Noch schlimmer steht es mit der Kronenwährung. Die österreichische Krone wird heute nur noch mit 12 bis 13 Cts. bewertet.

Eine Kabinettsitzung.

Weimar, 30. Juli. (Drab.) Das Kabinett hielt gestern eine wichtige Sitzung ab, die sich mit der Rohlenversorgung beschäftigte.

Zu den Wählerereien gegen das Schuldkompromiß.

Wir haben darauf hingewiesen, daß seitens der Sozialdemokraten und der Demokraten ein neuer Vorstoß gegen das in zweiter Lesung angenommene Schuldkompromiß gemacht worden ist. Nach dem Beschluß der zweiten Lesung soll bekanntlich für das Schulwesen maßgebend sein der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Den Demokraten war von diesem Kompromiß von Anfang an ein Dorn im Auge. Die Demokraten können offenbar nicht verkraften, daß sie durch ein Schuldkompromiß ausgegallt worden sind, und sie bemühen sich daher vorzüglich, vor allem bei der endgültigen Bestimmung über das Schuldkompromiß dabei zu sein. Das hat sie veranlaßt, die Sozialdemokraten zu neuerlichem Vorstoß aufzufordern. Die Sozialdemokraten haben infolgedessen einen Änderungsantrag eingebracht, der dahin geht, daß in die bisherige Fassung eingeschaltet wird: „Soweit ein geordneter Betrieb und Ausbau des Schulwesens es zuläßt.“ Mit dieser neuen Fassung ist ganz augenscheinlich bezweckt, das ganze Kompromiß unzulässig zu machen, denn die Bestimmung „Ausbau des Schulwesens“ umschließt alle Arten der Schulen, so z. B. Hörschulen, Schulen für Begabte usw. Es liegt aber ganz außer der Hand — ganz abgesehen davon, daß diese Ergänzungierung gar nicht in die Bestimmung gehört — daß sie eine große Komplizierung des ganzen Schulwesens bedeutet und letzten Endes das ganze Schuldkompromiß unzulässig machen würde. Die

Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung.

Sammlung hat daher auch diesen Änderungsantrag einstimmig abgelehnt und statt dessen den folgenden Vorstoß gemacht:

Den dritten Satz in Art. 143 der Verfassung wie folgt zu fassen:

„Vollschulen einer Gemeinde werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten unter Berücksichtigung ihres Willens nach Betimmung und Weltanschauung eingerichtet, soweit ein geordneter Betrieb des Schulwesens es zuläßt.“

Weimar, 30. Juli. (Drab.) Die Schuldkompromißverhandlungen zwischen den Mehrheitspartei und den Demokraten sind noch nicht beendet. Die „Germania“ hofft, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden.

Weimar, 29. Juli. Das Schuldkompromiß, so lautet die „Wefertag“, wurde heute vormittag zwischen dem Zentrum, den Mehrheitssozialisten und zwei Vertretern der Demokraten, von denen der eine Reichs-Kassell ist, verhandelt. Um 1 Uhr hatte man sich dahin geeinigt, dem das Schuldkompromiß enthaltenden Paragrafen einen Absatz hinzuzufügen, der folgendermaßen lautet: „In den Gemeinden sind insofern auf Antrag der Erziehungsberechtigten unter möglicher Berücksichtigung ihres Willens nach Betimmung und Weltanschauung oder ihrer Weltanschauung in ausreichender Zahl einzurichten. Hiermit ist ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne der Grundzüge des Abs. 1 zu gewährleisten. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundzügen eines Reichsgesetzes. Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes bleibt die bestehende Rechtslage in Kraft.“ Dieser Kompromißantrag fand die Zustimmung sämtlicher an den Verhandlungen beteiligten Abgeordneten. Die demokratische Fraktion hat ihn in ihrer heute nachmittag abgehaltenen Sitzung abgelehnt, weil sie ihn für unzureichend hält. Sie hat beschlossen, ihrerseits mit neuen Vorschlägen an das Zentrum und die Mehrheitssozialisten heranzutreten. Wenn diese Vor schläge nicht angenommen werden, so wollen die Demokraten das Schuldkompromiß sowohl bei den Verfassungsberatungen wie bei den Wahlen bekämpfen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Odenburg, 31. Juli.

(-) Entfernung der Kommunisten und Unabhängigen aus dem Heere. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums steht die Zugehörigkeit zur kommunistischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Angehörigen der bewaffneten Macht im Widerspruch zu der eingegangenen Treupflicht und ihre Mitglieder können im Heere nicht gebildet werden. Es ist daher für alle Angehörigen des Heeres Dienstpflicht, das Vorhandensein von Mitgliedern dieser Parteien und propagandistische Maßnahmen von ihrer Seite sofort zu melden, damit sie aus dem Heere entfernt und gegebenenfalls der Bestrafung zugeführt werden können. Diese Verfügung ist allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bekanntzugeben.

h. Magistrat und Stadtrat hielten gestern (Dienstag) eine gemeinschaftliche Sitzung auf dem Rathaus ab. Dem Oberleitungsaußenposten Callow-Bürgerle wurde ein Dankausweis für 2000 Mk. zum Wiederkauf seines abgebrannten Hauses bewilligt. Der Veräußerung von Grundstücken an der Goltzstraße und am Etzgraben wurde zugestimmt. Für die Bewirtung und den Empfang der Kriegs- und Zivilgefangenen wurden 20 000 Mk. bewilligt. Den Fortbildungsschullehrern im Hauptamt wurde eine Vergütung von 8,25 Mk. für die Ueberstände zu gesprochen. Das Dobbenkonkordat, die Herren Brandes, Dinklage und Garbholz, weigert sich, die Kosten für die Pfänderung der Odenburgerstraße zu übernehmen, soweit sie 13 000 Mk. übersteigen. Gegen das Konkordat soll Klage erhoben werden. Für ein Weisspiel des Odenburger Bundes für Leibesübungen ließ die Stadt eine Erplatz als Wanderpreis. Die Kosten werden bewilligt.

Zur Friedensaktion des Papstes im Sommer 1917.

Arnold Reberg gibt ausgerechnet in der „Täglichen Rundschau“ folgende Darstellung des vielbesprochenen englischen Friedensführers aus dem Jahre 1917, die zwar auf eine Entlastung der Obersten Heeresleitung hinausläuft und somit wohl angezweifelt werden kann, aber andererseits vollat die Annahme bekräftigt, daß Deutschland keinen Papst und keinen Zentrumsfrieden wolle. Die Geschichte der päpstlichen Friedensaktion im Sommer 1917, soweit sie sich nach den Erklärungen des jetzigen Reichsfinanzministers, Herrn Erzberger, des Generals Ludendorff und des früheren Reichskanzlers, Herrn Dr. Michaelis, übersehen läßt, ist ein Schulbeispiel für die Verkehrtheiten der deutschen Politik. Sie stellt sich in ihrem Verlauf wie folgt dar:

1. Im Juni 1917 informierte sich Herr Erzberger über den ursprünglich englischen Vorschlag, den deutsch-englischen Gegensatz, welcher im wesentlichen auf dem wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Nationen beruht, durch den Abschluß eines weitgehenden wirtschaftlichen Interessenausgleichs zu überwinden, ein Wetter, welcher schon vor dem Kriege englischerseits als der einzige für England gangbare bezeichnet worden war.

2. Abweichend von meinem Rat, zunächst alle politischen Faktoren in Deutschland zu informieren und auf die planmäßige Ausführung des Gedankens zu einigen, nimmt Herr Erzberger den Versuch zu dessen Realisierung allein in die Hand. Er tat im Juli 1917 Besprechungen mit Lord Curzon. Die Engländer sind noch geneigt, auf dem Wege wirtschaftlicher Abmachungen den Krieg zu beenden. So sie sich

aber nicht klar sind, inwieweit die deutsche Regierung hinter der Erzbergerischen Politik steht, verlangen sie als Präzedenz eine Herrn Erzberger gemäßigtere, bestmögliche amtliche Erklärung über Belgien.

3. Da Herr Erzberger England gegenüber als Träger der ganzen Aktion erscheint, schlägt die englische Regierung zu deren weiteren Verfolg sehr richtig und korrekt den Weg über die neutrale Macht der römischen Kurie ein, zu der Herr Erzberger nahe Beziehungen hat. Die englische Regierung kam anfangs mit dem wirtschaftlichen Interessenausgleich zwischen England und Deutschland kaum sprechen. Außerdem beabsichtigt sie mit der Anfrage über den Papst ja zunächst auch nur festzustellen, inwieweit Herr Erzberger die deutsche Heeresleitung hinter sich hat. Die offizielle englische Anfrage befaßt sich daher nur mit Belgien.

4. Die Anfrage des päpstlichen Nuntius gelangt an den Reichskanzler, der über die Frage des wirtschaftlichen Interessenausgleichs als Ausgangspunkt der Aktion nicht informiert ist. Der Reichskanzler betrachtet die Note daher als einen rein politischen Friedensführer Englands, dessen Punkte ausschließlich in der belgischen Frage liegt. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen beschließen, daß bei einem Fortgang der Aktion über den Papst Herr Erzberger auch noch weiter eine Rolle darin spielen werde. Sie fragen auch aus innerpolitischen Rücksichten Belgien, den großen Erfolg eines Friedensschlusses mit England Herrn Erzberger und damit dem Zentrum zu überlassen, und nehmen daher die Aktion selbst in die Hand. Demzufolge unterrichten sie zunächst den General Ludendorff, soweit aus dessen Erklärung herorgeht, nicht über das Schreiben des Nuntius, sondern machen der Obersten Heeresleitung nur allgemeine Andeutungen, und der Reichskanzler antwortet schließlich dem päpstlichen Nuntius ausweichend. Durch diese Antwort an Rom mußte natürlich in England der Eindruck erweckt werden, daß die deutsche Reichsleitung mit Herrn Erzbergers Politik und dementsprechend auch mit dem Gedanken eines wirtschaftlichen Interessenausgleichs nicht einverstanden sei.

5. Gleichseitig setzt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes seinerseits einen Mittelsmann mit der englischen Regierung in Verbindung, welcher zwar Modalitäten eines Verzichts auf Belgien anspricht, die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Interessenausgleichs aber nicht erwähnt, sondern im Gegenteil an England als Grundbedingung des Friedens die Forderung richtet, daß nach dem Kriege kein Wirtschaftskrieg sein dürfe. Sätte England diese Forderung ohne die gleichzeitige deutsche Zusage eines wirtschaftlichen Interessenausgleichs angenommen, so mußte die großbritannische Regierung damit rechnen, daß England in wenigen Jahren von der deutschen Wirtschaftskraft wieder ebenso schwer bedroht sein würde, wie vor dem Kriege. Der Vorschlag des Reichskanzlers bezug des Auswärtigen Amtes an England hatte sich also in das genaue Gegenteil der ursprünglichen Absichten verandelt, und England konnte nun nichts anderes tun, als die Aktion anzugehen.

Ihr Ergebnis ist damit ein dreifaches gewesen: 1. war die Möglichkeit eines für England und für Deutschland vorteilhaften Friedens beseitigt; 2. mußte in England die Ueberzeugung entstehen, daß die deutsche Politik unaufrichtig sei, da man in London an ein solches Maß von politischer Zusammenhanglosigkeit unmöglich glauben konnte; 3. mußte durch den Verlauf der Aktion die römische Kurie gedrückt und von weiteren Schritten für Deutschland abgehalten werden.

Letzte Nachrichten

Abgelehnte jerdische Wünsche.

21. Juli, 30. Juli. (Drab.) „Secolo“ meldet aus Paris: Die Friedenskonferenz hat verweigert, besonders dasjenige bezüglich einer Handelsbasis in Rom. Die Konferenz sagt, daß eine solche Basis nicht notwendig sei. Ebenso lägen jerdische Wünsche bezüglich der Grenzfestlegung zwischen Bulgarien und Rumänien vor. Die Kommission beschloß nicht nur einstimmig, diese Wünsche abzulehnen, sondern keine beratigen Wünsche mehr zu berücksichtigen, solange die Serben dem Vorschlag der Entente, die Stadt Kragujevac zu räumen, nicht nachgegeben seien.

Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und England.

21. Rotterdam, 30. Juli. (Drab.) Wie Kraker aus Paris meldet, hat der Oberste Rat seine Zustimmung zum Patetverkehr zwischen England und Deutschland gegeben.

Der französisch-amerikanische Vertrag im amerikanischen Senat.

21. Amsterdam, 30. Juli. (Drab.) Aus Washington wird unterm 29. Juli gemeldet: Die Vorlage über den französisch-amerikanischen Vertrag ist in öffentlicher Sitzung des Senats vorgelegt. Der Vertrag ist fast den zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossenen Vertrag gleichbedeutend. In einer Vorlesung an den Senat fordert Wilson bedingte Ratifikation zusammen mit dem Friedensverträge.

Die französische Presse zu den Weimarer Debatten.

21. Paris, 30. Juli. (Drab.) Die Pariser Blätter nennen Erzbergers Enttäulungen einen wertvollen Beitrag zur Klärung der Schulfrage.

Ludendorffs Drumherumreden.

21. Berlin, 30. Juli. (Drab.) Zu den gerügten Erklärungen des Reichsministers Erzberger in Weimar erklärt General v. Ludendorff in der B. Z., daß die Oberste Heeresleitung keinerlei Beziehungen zur Rheinlich-Weisfälischen Ztg. gehabt habe. Daß dieses Blatt den Bericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl durch die Oberste Heeresleitung erhalten hätte, sei eine Infamiation, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden könnte. Schon im Frühjahr 1917 seien Sachverständige an die Oberste Heeresleitung herangezogen, um auf die Wichtigkeit des Erzbergers von Belg für Deutschlands Zukunft hinzuwirken, da der deutsche Exportrat zu Ende gehe. Für den Friedensschluß haben jedoch diese Verhandlungen keine Bedeutung gehabt. (??) Ebenso sei niemals von der Obersten Heeresleitung ein Druck auf Erzberger ausgeübt worden. (Lafage ist und bleibt, daß die Oberste Heeresleitung die amerikanischen Bestimmungen der Alldeutschen und scheinbar-freileisten sehr berechnungsvoll unterstütz hat. Die Schriftleitung.)

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Postfach. Druck und Verlag: Weimarer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Berleger), Weita.

Amisvorsitzend des Amisverbandes Weita. Weita, den 25. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Zur Ausführung der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 18. Juli d. Js. betreffend Verbrauchs- und Maßvorschriften für Selbstverbraucher und die Verarbeitung von Früchten zu Futtermitteln wird folgendes angeordnet:

§ 1. Anternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, welche für sich und ihre Wirtschaftsangehörigen das Recht der Selbstversorgung beanspruchen, haben dies bis zum

5. August ds. Js.

schriftlich unter namentlicher Bezeichnung aller Selbstverbraucher beim Gemeindevorstand — Stadtmagistrat — anzuzeigen, und dabei den Nachweis zu führen, daß das von ihnen selbstgebaute Brotgetreide zur Ernährung für sie selbst und die von ihnen als Selbstverbraucher benannten Personen bis zum 15. August 1920 ausreicht. In der Anzeige ist auch der Name und Wohnort des Müllers anzugeben, bei dem der Selbstverbraucher sein Getreide ausmahlen lassen will.

Die nachzuweisende Menge der Vorräte beträgt auf den Kopf und Monat voraussichtlich 9 Kilogramm.

Als Selbstverbraucher gilt nur, wer vom Gemeindevorstand — Stadtmagistrat — in die Selbstverbraucherliste aufgenommen ist. Ausgenommen werden diejenigen Betriebe und Angehörige ihrer Wirtschaft, einschließlic des Gefindes.

Als und Zugänge von Personen, die das Recht der Selbstversorgung in Anspruch genommen haben, oder nehmen wollen, sind bis zum 20. eines jeden Monats zur Abänderung der Selbstverbraucherliste ebenfalls schriftlich beim Gemeindevorstand — Stadtmagistrat — anzuzeigen.

Die Anlieferung und Verarbeitung von Früchten sowie die Abholung der Erzeugnisse daraus ist den Mitgliedsbetriebe an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie zur Nachtzeit nur mit schriftlicher Genehmigung des Amisvorsitzendes gestattet.

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

§ 3. Selbstverbraucher, welche für mehrere Personen das Selbstverbraucherrecht in Anspruch nehmen, als zu ihrem Haushalt gehören, werden mit Gelangnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. bestraft.

Bekanntmachung.

Diejenigen Anteroffiziere und Mannschaften, welche nach dem 9. November 1918 entlassen sind und noch Anspruch auf einen Entlassungs-Ausweis haben, wollen sich bis zum 8. August 1919 schriftlich beim Bezirkskommando 2, Odenburg, melden. Sämtliche Militärpapiere (Militärpaß, Entlassungsschein) sind beizubringen. Alle Angehörigen der Marine (außer Marine-Infanterie und Marine-Korps) sowie alle Angehörigen des Jahrgangs 1900 kommen nicht in Betracht.

Es sollen sich nur solche Leute melden, aus deren Papieren deutlich hervorgeht, daß sie noch Anspruch auf einen Entlassungsausweis haben.

J. B.: gez. Freiherr von Jätkenberg, Rittmstr. u. Bez.-Offiz.

Amst. Weita, den 30. Juli 1919. Vorstehendes wird hiermit zur Kenntnis gebracht. Ostendorf.

Bekanntmachung.

Die Kette wird am 31. ds. Mts. ausgegeben. Außerdem kommt auf Grund der Butter-Kundenlisten für Nichtselbstverbraucher amerikanisches Pflanzenöl zur Verteilung. Es entfallen hiervon auf jede Versorgungsbedürftige Person 100 Gramm. Der Butterkontingents beträgt 4,85 Mark für das Pfund. Falls das Fett innerhalb der Verteilungsperiode nicht abgehoben ist, wird anderweitig darüber verfügt werden.

Weita, den 30. Juli 1919. Stadtmagistrat.

Sämtliche Formulare für Schulen:
Aufnahme- und Entlassungsscheine, Straßkarten, Wohnverzeichnislisten, Namensverzeichnislisten, Heberwerbungsbogen, Schulzeugnisse, Schülerverzeichnis, Wochenbücher.

Vehter Drucker u. Verlag, G. m. b. H.

Erhielt Geflügelfutter,
wobon ich, so lange Vorrat reicht, an Geflügelhalter der Gemeinde Dinklage gegen Barzahlung abgebe.
Dinklage. B. Wehebrink.

Wohnhaus in Vechna,
gut erhalten, mit oder auch ohne Garten, gegen Bar oder auch Teilzahlung zu kaufen gesucht. Gef. Angebote bitte zu richten unter Nr. 45 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Am Freitag, dem 1. August, geht der Hengst „Eugen“
von Goldort nach Calveslage zurück.
Geb. Rathmann.



Ich bin Abnehmer von Heu u. Stroh
und zahle die höchsten Tagespreise.
Heinrich Maibaum, Osterburg, Dehlmannsweg 6.

Pferde
mehrere junge und ältere zum Verkauf.
Frank, Quakenbrück. Simon, Werthe.

Düngemergel,
worauf ich Bestellungen entgegen nehme.
Vechna. D. Schröder.

Eichen- und Nadelholz-Bestände, sowie Brennholz aller Holzarten
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen.
Handorf i. D. W. von Handorf, Holzhandlung, Telefon Damme Nr. 399.

Bekanntmachung.
Die deutsche Seifenindustrie wird infolge erhöhter Auktion von Rohstoffen in Kürze in der Lage sein, bessere Seifen herzustellen, jedoch die Durchführung folgenden Programms ermöglicht wird:

1. Die bisherige R. A. Seife wird unter Begrenzung auf monatlich 3000 Tonnen weiter hergestellt, jedoch ohne Seifenanteile abgegeben. Der Fettgehalt der R. A. Seife ist ohne Veränderung des Preises von 16 auf 25 Prozent erhöht worden.
 2. Das bisherige R. A. Seifenpulver wird in der bisherige Weise mit monatlich 125 Gramm an dem Seifenpulverabschnitt der Seifenanteile geliefert. Der Fettgehalt des R. A. Seifenpulvers wird verdoppelt, der Preis erhöht sich auf 45 Pfennig für ein Halbpfund-Paket.
 3. Es wird eine einwandfreie Kernseife von Friedensqualität (60 v. S. Fettgehalt) in Doppelstücken von 200 Gramm oder in einfachen 100 Gramm-Stücken hergestellt. Das 100 Gramm-Stück wird zum Preise von 80 Pfennig geliefert. Als Kernseife wird eine gute polierte Toilettenseife mit angenehmem Parfüm (80 v. S. Fettgehalt) im Stückgewicht von 100 Gramm geliefert. Für die Selbststraffer wird an Stelle der Kernseife einwandfreie Kaffeerseife zur Verfügung gestellt. Das 100 Gramm-Stück Kernseife wird zum Preise von 1,20 Mk., das 50 Gramm Stück Kaffeerseife zum Preise von 0,60 Mk. bedingt.
- Die unter 3) genannten Erzeugnisse werden nur gegen Seifenanteile geliefert, und zwar gegen die Seifenanteile der Seifenanteile. Ein Seifenanteil abnimmt berechtigt zum wöchentlichen Bezug von 50 Gramm der genannten Erzeugnisse.
- Die Lieferung der unter 3) genannten Erzeugnisse kommt erstmalig Anfang September auf die Septembermärkte in Frage.
- Angemerkt wird, die Herstellung der neuen Erzeugnisse so zu beschleunigen, daß bereits Ende August mit der Lieferung begonnen werden kann. Der Vorbezug auf die Septembermärkte ist nur nach den bestehenden Bestimmungen zulässig.
- Es besteht das größte Interesse daran, daß die Allgemeinheit von dieser Neuregelung des Seifenprogramms rechtzeitig Kenntnis erhält, und dadurch veranlaßt wird, von weiteren Ankäufen neuerer Auslandsseifen Abstand zu nehmen.
Rüdens.

Binde- und Strohpressengarne
hat noch preiswert abzugeben
Johannes Diefmann, Hamburg 11, Telefon Nr. 1506.

Kleine Wohnung
oder Haus in Vechna oder Nähe zu mieten gesucht für 4 Personen. Kaufnichtausgeschlossen
Schreibfeger Schreyer Bremen, II. Annenstr. 20.

Heuerhaus
zum Abbruch zu kaufen.
Aug. Landenbach, Zimmermeister, Nepte bei Schneiderberg.
Zu verkaufen zwei erstklassige

Landauer
(einer mit Gummiabdeckung). Beide Landauer sind fast neu u. sehr gut erhalten. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Muscheln
sind stets am Lager.
D. Schröder, Vechna u. Schneiderberg.

Erlen, Birken, Pappeln, Linden
und andere Hölzer zu hohen Preisen.
Angebot erbitet
Heinr. Teye, Dinklage, Telefon 48.

Zu verkaufen: eine schöne Landstelle mit 25-30 Sch. S. gut Landes
Heinr. Maibaum, Osterburg, Dehlmannsweg 6, Telefon Nr. 435.

Weiderind,
ein 4 Monate altes Ziegenlamm und einen wach. Kettelhund zu verkaufen.
Clemens Landenbach, Ambergen b. Goldenstedt.

Hund
zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. 28. D. 93 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Handharmonika
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Entlaufen
ein kleiner Hünerhund (Terrier spanisch), weiße Farbe mit braunen Ohren. Wiederbringer erhält Belohnung.
Peller S. Schodemühle, Mühlen.

Entlaufen
1/2-jähriger, gelber, mittelgroßer, deutscher Schäferhund mit schwarzem Halsband. Wiederbringer oder Auskunftgeber erhält Belohnung.
Goßke, Kofenge, Osterhase bei Damme.

goldenes Armband
verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, das selbe gegen Belohnung abzugeben.
W. Püttmann, Dohne.

Sämtl. Geflügel
kauft zu hohen Preisen
Frz. Suerbied, Vechna.

Zahnleidende!!
Zähne werden schmerzlos unter langjähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokal. Anästhesie, Nerventötung, Zahnreinigung etc.
Aug. Loewenstein, Zahnpraxis, Lohne i. O.
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr nachm. im Hause des Hotels Bitter, Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Bürger-Verein Vechna.
Verammlung d. Bürgerausschusses am Freitag, dem 1. August d. J., abends 8 1/2 Uhr in der Wirtshaus von H. A. Fortmann-Wals. Tagesordnung: Bericht des Vorstands.

Die Elektromotoren-Besitzer
werden zu einer Besprechung betreffend Einschränkung der Stromabgabe eingeladen auf Donnerstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr im Hotel Schäfers. Elektrizitätswert Hermanns.

Südboldenburg. Remverein.
Mitgliederversammlung am Dienstag, d. 5. August d. J., nachmittags 5 Uhr, in der „Wahalle“ in Cloppenburg. Tagesordnung: 1. Abhaltung eines Herbsttreuens. 2. Verschiedenes.

Rückgrat-Verkrümmung
ihre Behandlung „System Haas“
Hochinteressante Broschüre mit zirka 50 Abbildungen zu beziehen gegen Einsendung von Mark 1,- von
Franz Menzel, Hamburg 50, Grindelberg 79

Rainit an der Bahn.
15 Waggons billiger.
Goldenstedt. Johann Dellas.

Frucht- und Mobilien-Verkauf in Rechtersfeld.
Wegen Sterbefalls läßt Fräulein Maria Kohl in Rechtersfeld am
Samstag, dem 2. August 1919, nachmittags 2 Uhr:

- 7-8 Scheffeljaat Roggenfrucht,
 - 4 Scheffeljaat Haferfrucht,
 - 1 Scheffeljaat Kartoffeln, Kohl und Stedrüben etc.
- ferner:
2 Kühe, 1 Kalb 1/2 Jahr alt, 1 Sau mit 6 Ferkeln 14 Tage alt, 12 Hühner, eine Anrichte, 1 Kleiderkasten fast neu, 1 antiken Schrank, 1 Mantelstiel, 1 Stuhlmatte, 1 Eimer etc., 1 Gemachsaß, Sessel, 1 Haufen Stroh etc. etc.
Öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Mit dem Verkauf der Frucht am Tischbeder Wege wird zuerst begonnen.
Käufer ladet ein.
Vechna. B. Menke.

Verkauf.
Am Montag, dem 4. August d. J., nachmittags 5 Uhr, läßt Ct. Cid bei Dinklage seine Maschinen zum Abbruch öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen, als:
ca. 12000 Normal-Ziegelsteine, 2000 Cementziegel, Ständer, Sparren, Laten, Klappen, 1 kleine Tür, 1 gr. Doppeltür, Fenster, Tonhweinecke und 1 Pumpe, 1 Mutterstahl mit 2 großen 1/2 Jahre alten Klammern, 1 komplette Hobelbank, eine große Kerbjäge, 1 kleine Säge und sonstige Gegenstände.
Käufer ladet freundlichst ein
Dinklage. K. Dietmann, Aukt.

Zurückgekehrt!
Dr. Cremer, Augenarzt, Oldenburg, Gortorpfstr.

Tanz- und Restaurations-Zelt
mit Fußboden und Bedachung.
Heinr. Bahes, Holtorf bei Zwiflingen

Ammoniak
sofort abzugeben, dabei stehend Vechna.
Soj. Widdendorf.

Delmühle
im Betrieb. Bei vorheriger Anmeldung kann alles gleich bearbeitet werden. Bitte Schlagstein mitbringen.
Wolff Reiberg, Herten bei Börden, Weg. Dina-brid, Station Neuenkirchen i. D., Telefon Neuenkirchen Nr. 20.

Kautabak
(Friedensware).
H. Osterhoff, Damme, Telefon 394

Zur prompten Lieferung diese
prima feingebannte la. rote Ziegelsteine u. la. Masterklinker
D. Senftel, Dammspiegel, Bure i. Welle, Rembröder Melle 49.
Habe noch 50-60 St.
Reiserbesen
abzugeben.
Nachfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Vertreter
zum Verkauf einer vorzüglichen Schmirgellein an Landumdrehung gesucht, hohe Produktion. Gil-Offerte an 1443 Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechna.

Stellmacher-Gesellen
auf 1 uern Arbeit und geal. hohe Lohn. Kohl und W. is im Laufe. Landesarbei. nachw. is, Geschäftsst. Gl. en 93

Suche für meinen Sohn, 15 Jahre alt, mit guten Schulleistungen
Stelle als Lehrling
in einem Manufakturwarengeschäft.
Frau Ww. Hegemann, Cloppenburg.

Friseurgehilfe
sucht baldigst Stellung. 1446 Landes arbeits nachweis Geschäftsstelle Vechna.

Für ein Manufakturwarengeschäft auf dem Lande wird auf sofort ein zuverlässiger
junger Mann
gesucht, der mit sämtlichen vorkommenden Arbeiten vertraut ist. Offerten mit Gehaltsanprüchen an den Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechna.

Suche für meinen Haushalt, 3 Personen, ein fleißiges, ehrl., tauchisches
Mädchen,
welches alle Hausarbeiten verrichten kann, zum 1. oder 15. Oktober nach Geländemitt. 1445 Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechna.

Photograph
Rudolf Engels, Quakenbrück
Bin zwecks photographischer Aufnahmen am Sonntag, dem 3. August, in Lohne von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Hotel zur Post (3. Zeeger), in Dinklage von 3 Uhr nachmittags an im Gasthause 3. Metz anwesend.

Empfehle meine
: Krautfabrik :
am Bahnhof Hunteburg zur Verarbeitung von Obst u. Zuderrüben z. Marmelade. Für prompte Bestimmung und gute Behandlung wird Gewähr geleistet. Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen.
Hunteburg. Louis Coors, Telefon Dinklage 50 A.

Erhalte in den nächsten Tagen eine Ladung sogen.
Cementkalk zum Mauern
und gebe davon noch ab.
Goldenstedt Bhj. Conr. Weltmann.

Hans Gräf, Photograph,
Vechna i. D., Ringendogen.
Aufnahmen täglich vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr, außerhalb ohne Preisauflage. Berggrüherungen. Heimaufnahmen Fertigung von Amateur-Abdrücken.

Säcke
aus kräftigem Grauleinen (kein Mischgewebe, Größe 70x100 Mt. 9,75, Stoffmutter zu Diensten. Bestellungen schon jetzt erforderlich.
Heimann, Hameln, Deisterstr. 48.

Ich doppelt gereinigte
Seradella
sowie
Klee- u. Grassamen.
D. Schröder, Vechna und Schneiderberg

la Gelblupinen
ohne Zusatzstoffe hat abzugeben.
Vechna. D. Schröder.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathe gefallen, heute vormittag um 11 Uhr unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, den
Lohgerber Franz Anton Steverding
zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach längerer Krankheit, wohl versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 78 Jahren.
Die trauernden Angehörigen.
Steinfeld, Dolland, Vechna, Hagemann, Gincimail, den 29. Juli 1919.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 1. August, morgens 7 1/2 Uhr vom Sterbehause aus, wozu Verwandte, Freunde und Bekannte eingeladen werden.
Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehen zu wollen.
Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechna.

Donnerstag, 31. Juli 1919.

2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

— Nr. 174. —

Aufgaben der Organisation „Kriegsgefangenenheimkehr.“

Leber die Art der Fürsorge für unsere heimgekehrten Kriegesgefangenen Kameraden nach ihrer Entlassung aus den Durchgangslagern herriß noch vielfach Unklarheit. Es wird deshalb nachfolgend eine kurze Zusammenfassung über die Aufgaben der „Kriegsgefangenenheimkehr“ gegeben.

Nach kurzem, zwei- bis dreitägigem Aufenthalt in den Durchgangslagern (in Nordwestdeutschland) kommen hauptsächlich die Durchgangslager Mittelmeppen, Bremerhaven, Emden, Bremen, Wustfahler, Himmeldien, Lohstedt, Hamburg, (Namen in Frage) werden die Heimkehrer, aus dem Militärdienst entlassen, in Sonderzügen ihrer Heimat zugeführt. In jeder Stadt und mindestens in jedem Landkreis ist auf Anordnung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene zum Zweck des Empfangens, der ersten Fürsorge und Beratung oder entlassenen Heimkehrer eine Fürsorgestelle eingerichtet, die den Namen „Kriegsgefangenenheimkehr“ trägt.

In der „Kriegsgefangenenheimkehr“ arbeiten mit den von der betreffenden Kommunalbehörde bestellten Beamten und freiwilligen Hilfskräften gemeinsam die Vertreter aller Organisationen, die sich mit der Gefangenenfürsorge beschäftigen. Zu diesen gehören namentlich der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit der ihm angeschlossenen Reichsvereinsleitung ehemaliger Kriegsgefangener und der Reichsbund ehemaliger Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Gewerkschaften unter Beteiligung der Bäuer- und Arbeitervereinigungen und sonstige Berufsorganisationen von Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Die „Kriegsgefangenenheimkehr“ ist diejenige Stelle, die für den aus dem Heeresdienst entlassenen ehemaligen Kriegsgefangenen zuständig ist und ihm mit Rat und Tat zu helfen hat. Sie allein vertritt über die für die Kriegsgefangenen bestimmten Gelder, welche aus Reichsmitteln und öffentlichen Sammlungen zur Verfügung gestellt sind.

Die „Kriegsgefangenenheimkehr“ hat hauptsächlich folgende Aufgaben:

A. Sie hat die aus den Durchgangslagern und Lazareten in ihrem Heimatsort Eintreffenden zu empfangen.

B. Sie hat, soweit Bedürftigkeit vorliegt, die Heimkehrenden nach ihrer Ankunft im Entlassensort, d. h. dem Ort, wohin sie aus dem Durchgangslager oder Lazarett entlassen worden sind, mit vorläufiger Unterkunft zu versehen.

C. Die Verteilung der von der Reichsregierung bereitgestellten wirtschaftlichen Beihilfe zur Wiederherstellung der Heimkehrer in das Erwerbsleben geschieht durch die „Kriegsgefangenenheimkehr“ nach durchaus sozialen Grundsätzen, die mit den Interessenverbänden der Kriegsgefangenen zusammen festgelegt sind. In allen Fällen sind nach erfolgter Beihilfe die hilfsbedürftigen Heimkehrer sobald als möglich den behördlichen Stellen zuzuführen, z. B., wenn sie arbeitsfähig sind, den Arbeitsnachweiser, sofern sie kriegsbeschädigt sind, der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

D. Sie hat den Heimkehrenden in allen sie betreffenden Fragen Hilfe zu gewähren, z. B. bei Beschaffung der Lebensmittelkarten, bei Berufsberatung, namentlich bei einem Berufswechsel, bei Anhebung, bei Geltendmachung von Ansprüchen an die Militärbehörden, zur Beschaffung von Gesundheits- und Stärkungsmitteln, zur Ermöglichung eines Kuraufenthalts und bei allen sonstigen, zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und zur Eingliederung in das Erwerbsleben notwendigen Maßnahmen.

Zu: Gewerkschaftsbund der Heuerleute

Wir bringen die nachstehende Zuschrift, obgleich sie sich mit unserer Auffassung in dieser Frage nicht völlig deckt:

„Anmerkenswerter objektiver Weise hat die Schriftleitung d. Z. in Nr. 187 die allgemeinen Richtlinien festgelegt zur Beurteilung der Frage des Zusammenschlusses der Heuerleute im Anschluß an eine industrielle Organisation, die christlichen Gewerkschaften.“

„Als Reiffern“ so schreibt die Schriftleitung etwas, steht das Gesamtinteresse des Landvolkes voran unter hervorragender Berücksichtigung sittlicher und religiöser Werte.“ Dieser Grundgedanke wird bei jeder Südbödenburger, ob Heuermann, oder Bauer, angeschlossen. In freimütiger Erklärung sagt die Schriftleitung weiter, daß der S. O. L. in diesem Sinne des Christentums arbeite. Diese Erklärung wollen wir hervorheben und unterstreichen. Um es nochmals zu sagen: sowohl Landbund wie christliche Gewerkschaften arbeiten im Sinne des Christentums. Für die Heuerleute können wir somit den Anschluß entweder an die christl. Gewerkschaften oder an den S. O. L. in folgender Frage zur Diskussion stellen: Von welcher Organisation haben sie den meisten Nutzen? Nur unter Zugrundelegung dieser Frage hat also eine Auseinandersetzung Zweck, da die religiösen und sittlichen Werte von beiden Organisationen in gleicher Weise geschützt werden.

1. Der Heuermann ist Landwirt, das heißt: er produziert selbst Werte, die der industrielle Arbeiter kaufen muß. Wäre der Heuermann ein Arbeiter und nicht Landwirt, so müßte jeder denkende Mensch die Zweckmäßigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Heuerleute einsehen. Er ist aber nicht nur Arbeiter,

sondern selbst Landwirt; wegen des Gegenfalls zwischen Erzeugern von Lebensmitteln und ihren Verbrauchern ist es somit ein Unglück, wenn die Verbraucher die Erzeuger in Schutz nehmen wollen, auf deutsch: wenn der Verbraucher dem Erzeuger aus reiner christlicher Nächstenliebe heraus einen möglichst hohen Preis für seine Produkte sichern will. Industrielle (Konsumenten-)Interessen laufen landwirtschaftlichen (Produzenten-)Interessen doch gerade entgegen. Ich erinnere die christlichen Gewerkschaften an die Ausführungen in ihrem Organ, der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, betr. Erhöhung der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Mit welcher Empörung wurde dort über die berechtigte Forderung des Landvolkes geredet. Derselbe Organismus will jetzt der Beschützer der Landwirtschaft sein!

2. Sehr wohl bin ich einverstanden mit einer gewerkschaftlichen Organisation der ländlichen Dienstboten und reinen Arbeiter, wenn ich hierbei für die hiesige Gegend auch große Bedenken habe. Jeder Knecht, jede Magd will doch auch einmal selbst Landwirt werden und landwirtschaftliche Interessen vertreten können. Und für die nachhaltige Vertretung landwirtschaftlicher Interessen halte ich die Industrie einmal nicht für zuständig und mit ihr nicht die Gewerkschaften.

3. Die gegebene Organisation für die gesamte Landbevölkerung ist der S. O. L., der nur landwirtschaftliche Ziele verfolgt, und dessen Leitung ganz in Händen von landwirtschaftlichen Sachverständigen liegt. Im S. O. L. kann der Heuermann seine Interessen auch gegenüber den Bauern besser vertreten wie in den Gewerkschaften, hier findet er besseren Verständnis für seine Anträge und Gesandnisse, wo solche vorhanden sind, können durch gegenseitige Ansprache gemindert werden. Der Bauer sowohl wie der Heuermann sind dazu verurteilt, miteinander und beieinander zu leben; aus dieser Erwägung heraus wird eine Aufhebung der sozialen Lage der Heuerleute sich fruchtbringender gestalten, wenn beide Teile miteinander gemeinschaftlich verhandeln, denn eine „Geschlossene-Gesellschaft“-Politik hat noch nie Nutzen gebracht. Der S. O. L. hätte seinen Zweck verfehlt, wenn er die Interessen der Heuerleute nicht in demselben Maße wahrnehmen würde wie die der Bauern.

Ich nehme nicht an, daß die Gewerkschaften durch ihr Vorgehen eine Zersplitterung der Kräfte des Landvolkes in die Wege leiten wollen, immerhin dürfte dadurch unser oberster Grundsatz: „Leber allem die religiös-sittlichen Werte!“ nicht gefährdet, sondern an die 2. Stelle gerückt werden. B. K.

Verammlung des Amtsbundauschusses des S. O. L.

26. Wehsta, 28. Juli 1919.

Die Verammlung des Amtsbundauschusses des Südbödenburger Landbundes war zahlreich besetzt. Der Vorsitzende des Amtsbundes, Gemeindevorsteher Bergmann-Bakum, gab zur Eröffnung einen Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit; er berichtete über die Art und Weise der Geschäftsführung, wie sie geplant war, und über die Verhandlungen mit dem Oldenburger Landbund bezgl. Anschlusses und gemeinsamen Zusammenarbeitens. Ueber die Regelung der Geschäftsführung entspann sich eine lebhafte Debatte. Das Ergebnis war folgendes: In Cloppenburg wird ein Kassensührer für die drei Wehster bestellt, der als Vergütung 4 Prozent der einlaufenden Gelder für seine Arbeit erhält. Die Art der Beitragszahlung in den einzelnen Gemeinden ist in deren Verträgen gestellt. Drei Viertel der Beitragssumme führen die Gemeinden ab und ein Viertel bleibt dem Gemeindebund für seine notwendigen Ausgaben. Zwei Drittel der gesamten Beiträge gelangen an die Kasse in Cloppenburg. Einig war man sich, daß der als Generalsekretär zu Bestellende ein tüchtiger Mann sein müsse, dessen Gehalt dementsprechend erhöht werden müsse gegenüber dem Vorjahre des Amtsbundes. Der Vorsitzende, das Gehalt: Reichshaus usw. auf 10 000 Mk. festzusetzen, fand Billigung. Aus den Verhandlungen, die der Vorstand mit dem Oldenburger Landbund geführt hatte, teilte der Vorsitzende mit, daß ein direkter Anschluß vom S. O. L. abgelehnt worden sei, ebenfalls vorläufig der Plan, die zu gründende Zeitung des Oldenburger Landbundes auch für den Süden zu übernehmen. In der letzteren Frage sind Verhandlungen statt mit dem Ziel, ein eigenes Organ für den S. O. L. zu schaffen. Im übrigen tritt ein Mitglied des S. O. L. in den Vorstand des Oldenburger Landbundes ein, und umgekehrt. Ferner treten 18 Mitglieder des S. O. L. in den Gesamtantrieb des Oldenburger Landbundes. Der Oldenburger Landbund übernimmt die infolge dieser Zusammenarbeit notwendigen Kosten an Wästen, wofür der S. O. L. 4 Prozent seiner an die Kasse gelangenden Beiträge an den Oldenburger Landbund abführt. In Konsequenz des Beschlusses, selbstständig zu bleiben, hat der S. O. L. auch einen Anschluß an den Westfälischen Bauernrat abgelehnt.“

Aber den dritten Punkt der Tagesordnung „Stellung des S. O. L. zum Gewerkschaftsbund der Heuerleute“ entspann sich eine äußerst rege Debatte, aus der wir das Wesentliche anführen:

Gemeindevorsteher Bergmann-Bakum hat die Auffassung, daß von der Sache etwas wird und daß der Landbund damit rechnen muß. Redner wirft dem Gewerkschaftsbund besonders vor, daß er Mißstände, wie sie im einzelnen bestehen

müssen, für das ganze Münsterland verallgemeinert.

Redner - Holte: An und für sich hat jeder das Recht, sich zusammenzuschließen. Daß es im allgemeinen nötig ist, ist auch klar. Auch muß ich anerkennen, daß die christlichen Gewerkschaften als solche sehr segensreich gemerkt haben. Für die Industriearbeiter sind sie die beste Vertretung. Die Frage jedoch, ob die christlichen Gewerkschaften ebenso auf die Interessen der Heuerleute vertreten können, muß ich verneinen. Der Industriearbeiter hat ein Interesse an hohen Löhnen und niedrigen Lebensmittelpreisen. Der Heuermann ist kein Arbeiter; er bezieht den größeren Teil seines Einkommens aus der Landwirtschaft. In der Gewerkschaft werden die Heuerleute in der Minderheit bleiben und übers Ohr gegeben werden. Die kurze Arbeitszeit, wie sie in der Industrie möglich ist, kann für die Landwirtschaft gar nicht in Frage kommen. Bezgl. der höheren Löhne bemerke ich: Womit bezahlen wir unsere Heuerleute? Mit der billigen Pacht. Ein Drittel des gesamten bäuerl. Besitzes haben die Heuerleute. Das System der Naturalentlohnung ist die beste Lösung. Die Pachtpreise dürfen dann nicht erhöht werden, wenn die Konjunktur besser wird. Das wäre ungerecht. Die Wohnungsverhältnisse sind nicht immer, wie sie wohl sein möchten. Aber die Industriearbeiter leben zum Teil in bedeutend viel schlechteren Wohnungen. Das ergibt die Statistik der großstädtischen Wohnungsverhältnisse zur Genüge. Die alte Wohnvernehmung ist oft nicht besser als die Wohnung des Heuermanns. Doch auch hier soll, wo berechtigte Forderungen gestellt werden, geholfen werden. Vor dem Kriege war es nicht möglich, hier Durchgehendes zu tun. Auch jetzt ist es nur zu erreichen durch staatliche Beihilfe, durch Gewährung von billigen Darlehen. So einfach, wie die Gewerkschaften sagen, liegt die Sache nicht. Die Miete für die Wohnung ist meistens nur sehr gering. Wenn bessere Wohnungen verlangt werden, dann müssen die Heuerleute einsehen, daß mehr bezahlt werden muß. In der Agitation des Gewerkschaftsbundes spielt auch die Kündigungspolitik eine große Rolle. Über kommt die so sehr in Frage? Die Heuerleute wechseln nicht so oft, wie die Generationen auf derselben Stelle. Aber auch hier wollen wir, wo es nötig ist, gern eingekommen. Dazu brauchen wir die Gewerkschaften nicht. Wenn man befürchtet, daß der S. O. L. ein Arbeitgeberverband werden könnte, so besteht die Gefahr nur dann, wenn die Gewerkschaften einen Arbeitnehmerbund schaffen. Im übrigen ist die Gefahr abgeräumt, denn zwei Drittel der Mitglieder des S. O. L. bestehen aus Heuerleuten. Wenn gesagt wird, der S. O. L. könne nicht viel leisten, so muß auch der Gewerkschaftsbund noch bemerken, was er kann. Für die Heuerleute kann er nichts Wesentliches erreichen, für die Heuerleute sind die christlichen Gewerkschaften nicht die richtige Interessensvertretung. Am zu praktischer Arbeit zu kommen, schlage ich vor, eine Kommission aus Heuerleuten zu bilden, die in den einzelnen Gemeinden Führung nehmen und ihre Wünsche und Forderungen formulieren. Sämtliche Forderungen sollen so weit berücksichtigt werden, als es nur irgend möglich ist. Vorbedingung ist, daß die christlichen Gewerkschaften die Agitation so lange unterbrechen, bis das Ergebnis der Verhandlungen zu ersehen ist. Wenn der Landbund dann den berechtigten Forderungen der Heuerleute nicht entspricht, kann die Gewerkschaft ihre Arbeit wieder aufnehmen. (Beifall)

Ein Heuermann n-Bakum bedauert, daß die Bauern verständlich doch die Heuer erhöhen. Die Heuerleute müssen so gestellt sein, daß sie existieren können. Dann wird kein Heuermann seine Heuer ausgeben. Weiter muß der Bauer selbst Knechte und Mägde halten und den Heuermann weniger zur Arbeit heranziehen.

Redner - Holte: Daß wir die Heuerleute gut stellen müssen, ist selbstverständlich. In den Gewerkschaften werden sie nicht das erreichen, was sie im Landbund erreichen können. Eine unkündbare Heuer ist unmöglich. Wir müssen versuchen, im Landbund zusammenzuarbeiten. Wo Mißstände sind, müssen sie beseitigt werden. Eine Heuer erhöhen, weil der Heuermann etwas mehr verdient, ist eine Unmöglichkeit. Bei den Pächtern liegt die Sache anders. Wir wünschen nicht mit dem christl. Gewerkschaften Streit anzufangen. Für die Landwirte ist es ein Segen, daß sie das Sozialrecht erhalten haben. Wo rein Landarbeiter sind, sind auch die christl. Gewerkschaften gut, aber wo sie mehr Landwirte als Arbeiter sind, ist der Landbund die richtige Organisation. Bezgl. der Arbeiten der Heuerleute-Kommission ist Vorbedingung, daß die christl. Gewerkschaften ihre Agitation vorläufig einstellen. Verlangen Sie, daß die Gewerkschaften die Agitation einstellen.

Redner - Holte: Ich möchte eine bessere Aufklärung über Ziele und Zwecke des Landbundes, das würde den Gewerkschaften den Boden entziehen. Ein weiterer Redner sagt: Wir müssen die Presse auf unserer Seite haben, das ist das Wichtigste. Ein Heuermann bemerkt, daß die Heuerleute, die in die Gewerkschaft eingetreten sind, durch die Behandlung der Bauern dazu gekommen sind. Andere seien nicht eingetreten.

Dekononiarat Bergmann-Bakum hält eine Aufklärung ebenfalls für durchaus nötig. Das System gegen Heuermann und Bauern, wie es bisher bestand, ist von Unrecht und Unrecht und paßt nicht mehr in die Gegenwart. Es muß reformiert werden und den neuen Verhältnissen angepaßt werden.

Gemeindevorsteher Bergmann-Bakum: Die Heuerleute kommen in den Gewerkschaften erst in erster Linie.

Brokamp-Seinfeld: Wir müssen die Presse auf unsere Seite bringen. Ist die Presse auf unserer Seite? Leider nein. Die Oldenb. Volksztg. sagt, sie hätte es begriffen, wenn der S. O. L. als einzige Organisation das Landvolk reiflos hätte umfassen können. Sie sagt weiter, daß der S. O. L. die Unterstützung jedes Heuermannes verdiene. So sehr ich mich darüber freue, so kommt die D. W. doch nicht dazu, zu erklären, jeßt, wo der S. O. L. bestesse, müßte das Werben der christl. Gewerkschaften aufhören. Von den sog. Gewerkschaften droht uns keine Gefahr. Ich traue es den Heuerleuten zu, daß sie den sog. Gewerkschaften nicht beitreten. Die Politik des Zentrums ist eine solche des Ausgleichs. Wenn man von Solidarismus redet, so jeßt das Gegenläge voraus. Es ist Zeit, daß der Presse ein kräftiges Wort gesagt wird.

Dekononiarat Lohaus - Dinklage: Die Heuerleutenfrage ist von der größten Wichtigkeit. Die Heuerleute sind vernünftig genug, zu unterscheiden, wo ihre Interessen am besten vertreten werden. Wir haben nichts zu befürchten. Weshalb wollen wir uns gleich auf den Kampffeldpunkt stellen? Die Gewerkschaften wollen bestrafen, alles billig zu haben. Der Bauer muß gezwungen werden, möglichst billig zu produzieren. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Heuerleute, weil sie vernünftig sind, von selbst mit den Bauern halten, weil sie selbst Landwirte sind. Der Heuermann ist ein Mensch, so gut wie der Bauer, er muß mit Achtung behandelt werden. Lebens- und Wohnungsverhältnisse müssen möglichst gute sein. Wir müssen die Zersplitterung in der Landbevölkerung vermeiden. Das ganze Land muß geklärt werden. Wenn den Heuerleuten das klargelagt wird, so treten sie den Gewerkschaften nicht bei.

Jeller Vask-Ealveslage schlägt vor, daß die Zeitung einen bestimmten Raum dem Landbund zur Verfügung stellt, für den der Landbund verantwortlich ist, ganz unabhängig von der Redaktion.

Gemeindevorsteher Bergmann-Bakum: Es schweben Verhandlungen, die Pressefrage zu lösen. Ich habe mehrere Artikel für die Zeitung geschrieben, es ist alles ziemlich gut durchgegangen. Auch ich hatte Vorurteile gegen die Zeitung; in einer Aussprache wurden sie beseitigt. Meistens waren die Artikel zu lang.

Kolon Mener-Holte: Von den Heuerleuten muß die Aufklärung in die Hand genommen werden. Die christlichen Gewerkschaften haben sich um die Industriearbeiter große Verdienste erworben, für den Heuermann passen sie aber nicht. Wir haben hier keine Landarbeiter. Im Durchschnitt arbeitet wohl kein Heuermann mehr als 40 Tage im Jahre beim Bauern. Wir müßten versuchen, zuerst im Landbund zu einer Einigung mit den Heuerleuten zu kommen.

Nach Schluß der Debatte wurde die Kommission gebildet, die aus den Heuerleuten, die Mitglieder des Landbundes sind und je einem weiteren Heuermann aus jeder Gemeinde, besteht. Den Vorsitz führt der stellvertretende Vorsitzende des Amtsbundes Häusler S. Dammann-Lutten. Am nächsten Sonntag findet in jeder Gemeinde eine Verammlung der Heuerleute statt, in denen ihre Forderungen formuliert werden sollen. Die Beschlüsse werden dann in gemeinsamer Sitzung der Kommission endgültig festgestellt und dem S. O. L. unterbreitet.

Auf eine Eingabe des Wehsterbundes Wiesbeck wegen Abgabe von abgeleitetem Schladmisch an den Viehverwertungsbund wurde beschlossen, beim Ministerium Protest zu erheben und im Sinne der Eingabe um Abhilfe zu ersuchen.

Bezr. Cernitzschung wird aus verschiedenen Gemeinden geklagt, daß die Schätzungen zu hoch seien, und besonders, daß der Heuermann dabei zu kurz komme. Der Vorsitzende teilt mit, daß jeßt, wenn die Gemeinden ihr Pflichtamt abliefern, sie praktisch frei sein sollen und über den Rest frei verfügen können. Er regt an, den kleinen Leuten von ihrem Ablieferungssoll möglichst einen kleinen Abstrich zu machen. Die Verammlung ist mit dem Grundgedanken einverstanden.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande

Wehsta, 31. Juli.

Turnverein. Die Vorbereitungen für das am nächsten Sonntag auf dem Schützenplatze stattfindende Sommerfest des hiesigen Turnvereins sind in vollem Gange. Die regelmäßigen Übungsstunden sind erst seit 6 Wochen wieder aufgenommen. Daß der Verein in dieser kurzen Zeit noch keine halbbedrückten Übungen zur Schau bringen kann, liegt klar auf der Hand. Der Verein will durch sein Auftreten den Bürgern Wehsta auch nur den Wert des Turnens vor Augen führen. Es ist gelungen, zu dem Fest eine Schmalzschinken- und Zuerbeue anzubereiten. Den Kindern wird diese „Heiß-Heiß-Bude“ große Freude bereiten.

Heu Konzertfänger Bruns, ein alter Schüler unseres Gymnasiums, der von seinem Konzert in vorigen Jahre hier auch in gutem Andenken steht, wird in der ersten Hälfte des August mit einer Schülerversammlung aus dem hiesigen Gymnasium ein Konzert veranstalten, auf das wir jeßt schon aufmerksam machen möchten. Das Konzert im vorigen Jahre war auf beschränkter und frag dem Veranstalter mäßigen Besal ein. Wir sind überzeugt, daß es in diesem Jahre nicht anders sein wird.

Vordobenes Wehl. Zu der Politik in unserer Zeitung vom 28. Juli 1919.

Weizenmehl wird uns von der amtlichen Mehlverteilungsstelle mitgeteilt, daß von hiesigen Bäckern Klagen über verdorbenes Mehl bei der Mehlverteilungsstelle nicht eingegangen sind. Die Mehlverteilungsstelle ist bemüht, alle Beschwerden zu prüfen und etwaige Mängel nach Möglichkeit abzustellen.

— Weitere Erhöhung der Kohlenpreise? Seitens des Kohlenproduzenten sollen nach einer Meldung Verhandlungen mit der Regierung über eine neue Erhöhung der Preise, und zwar um 10 Mk. die Tonne für Kohlen und um 15 Mk. die Tonne für Koks schwelen. Die Meldung wird aber demontiert und ist offensichtlich unklar.

— Zur Krankenernährung. Der Reichsernährungsminister hatte im April Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankenernährung getroffen. Inzwischen sind amerikanischer Fleischwaren den deutschen Fleischwaren zuzugewiesen. Insbesondere sollte die Kopfration für die Infansen der Lungenerkrankten dadurch um 250 Gramm Fleisch und Speck und 250 Gramm Fett erhöht werden. Unter den damaligen Verhältnissen konnte die Bekämpfung der Krankenernährung nur für beschränkte Zeit in Aussicht gestellt werden. Nachdem nunmehr genügend Vorräte vorhanden sind oder doch in bestimmter Aussicht stehen, hat der Reichsernährungsminister die Regierung der deutschen Freistaaten ersucht, die damals getroffenen Maßnahmen bis auf weiteres beizubehalten.

— Neue Verkehrssteuern in Sicht? Die Verkehrssteuern der Eisenbahn sind wieder sehr ernst und noch schwieriger als im vorigen Jahre. Es ist unmöglich, den wachsenden Verkehrsbedürfnissen durch vermehrte Leistungen zu entsprechen. In kurzer Zeit sind sogar wieder Einschränkungen im Personenverkehr zu befürchten. In erster Linie müssen wieder Schnellzüge ausfallen. Der Grund dafür ist der Wagen- und Kohlenmangel. Weil größere Schwierigkeiten sind noch zu erwarten, wenn im Herbst die Verfrachtung von Karstoffeln, Zuckerrüben usw. einsetzt.

— Lobne, 29. Juli. Der kath. Arbeiterverein in kann mit seiner Familienfeier am letzten Sonntag wohl zufrieden sein. Bis auf den letzten Platz waren beide Säle des Schützenhauses besetzt. Nach einem aus Kindeswohl und gesprochener Prolog hielt der Präses eine herzliche Begrüßungsansprache und erzielte kurz darauf dem Abgeordneten Sanie das Wort, der in einem wuchtigen Vortrag den Anwesenden die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine darlegte. Die große Verantwortung, welche heute die Arbeiterschaft auf allen Gebieten habe, machte es notwendig, daß die Schulung und Bildung der Mitglieder noch mehr wie bisher betrieben werde. Diese Gedanken gingen wie ein roter Faden durch den ganzen Vortrag. Am dem Verein wird es nicht liegen, die angegebenen Ziele, welche mit so großem Beifall angenommen wurden, in die Tat umzusetzen. Musikalische vom Kobner Musikverein, Vorträge des Gesangsvereins, ernste und heitere Deklamationen, Gesänge usw., vorgelesen von Kindern und Vereinsmitgliedern, wechselten bis zum Schluß in bunter Reihe ab.

— Lobne, 29. Juli. Eine Empfangsfest, wie Lobne sie selten gesehen hat, wurde unsern neuen Herrn Pfarrer Stegemann zu teil. Sie war, wie auch die auswärtigen Herren bestätigten, eine großartige. Die Lobner hätten es sich nicht nehmen lassen, ihren während seiner Pfändrigen Tätigkeit als Kaplan sehr beliebten Herrn Pfarrer festlich zu empfangen. Nach der Begrüßung an der Ortsgrenze durch die Stadt- und Gemeindevorstellung wurde er, begleitet von einer großen Zahl Reitern u. Wagen, zum schönen Empfangsraum am Eingang der Stadt geführt, wo die Geistlichen, Vereine, Gläubigen, Kinder und eine sehr große Schar Engländer mit Blumensträußen Anstellung genommen hatten. Hier wurde der Pfarrer durch den Herrn Pfarrer Schütte in einer Ansprache, durch Kinder mit Gedichten und den Gesangsverein mit einem gesungenen Liede begrüßt. Dann ging der Zug durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt zur Kirche. Während herangezogen zu werden verdient die eigentliche und sehr wirkungsvolle Aus schmückung der Kirchenstraße durch deren Anwohner. In der Kirche dankte der Pfarrer bewegten Sertzens für den unerwartet feierlichen Empfang. Dann wurde er in Prozession zur Pastorat begleitet, wo ein vierstimmiges Lied vorgelesen wurde. Am Dienstag folgte nach der feierlichen Abholung in der Kirche die eigentliche Einführung durch den Herrn Prälaten Dechant Bruff aus Cloppenburg. In seiner Festrede feierte er den neuen Pfarrer als seinen langjährigen Freund und als unermüdetlich tätigen und pflichtfertigen Diener. Dann legte er der Gemeinde ihre Pflichten gegen den neuen Pfarrer warm ans Herz. Bei dem Leutenhochamt trug der Gesangsverein unter der Leitung des Herrn Lehrers Emke wesentlich zur Erbauung bei. Am Schluß wurde uns eine Lebensversicherung, als beim „Großer Gott“ die Orgel mit Orchesterbegleitung unserer zwei jungen, aber in ihren Leistungen allgemein anerkannten Soubrette einsetzte. Nach der Zurückbegleitung schenkten sämtliche Engländer ihre Blumensträuße dem Pfarrer und legten sie auf die Haupttreppe, welche ein einziger Blumenlauf war. Alles in allem war es eine den neuen Pfarrer sehr ehrende Feier.

— Cloppenburg, 30. Juli. Die Feischkartenausgabe erfolgt am 31. Juli von 9 bis 12 Uhr für die Kundenlisten Spilman, Schlämer und Wilner und von 3-5 Uhr für die Kundenlisten Debring, Dießen und Rosenfahl. — Der Südoldenburger Rennverein hat am 5. August 5 Uhr in der „Walhalla“ eine Mitgliederversammlung. Es handelt sich in der Hauptsache um die Abhaltung eines Herbstrennens.

— Kellershöhe, 27. Juli. Für unsern Kapellenbauverein gingen ein aus Cloppenburg 150 Mk. Ein herzlich Vergelt's Gott!

— Nikolandsdorf, 30. Juli. Für den Kapellenbau gingen ein aus Nühlen 435 Mk. Gott Vergelt's! Weitere Gaben werden freunlich erbeten an Lehrer Meper-Nikolandsdorf.

— Friesenheide, 29. Juli. Donnerstag (31. d. M.) 3 Uhr findet seitens des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegsgesangenen in Fr. Kroes Ostwestfalen eine große Kundgebung für unsere gefangenen Mitkämpfer statt, die der Feind noch nicht herausgeben will. Herr Konrad Dugan aus Oldenburg wird hierüber einen Vortrag halten. Sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen des Amtes Friesenheide, Kriegsbefehlshaber, Kriegsteilnehmer und sonstige Amtesangehörige, soweit sie noch ein Herz für die Gefangenen haben, werden dringend gebeten, sich zahlreich an dieser Veranlassung zu beteiligen.

— Altenoythe, 28. Juli. Gestern nachmittag hielt die Bezugs- und Absatzgenossenschaft Altenoythe in der Wirtschaft v. Lührup ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kaufmännisch, der für unsern Boden so unentbehrlich ist, konnte nicht genügend besetzt werden zum großen Schaden für die Versorgung der Bevölkerung. Laut Rechnungsablage ist ein Reingewinn von 1000 M erzielt worden, so daß die Genossenschaft, trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens ein Vermögen von 6000 M besitzt. Diese gute Entwicklung ist besonders dem sehr rührigen Geschäftsführer Herrn Gutsbecker Breesmann, zu verdanken. Zum größten Bedauern aller hat derselbe wegen Lebensführung mit Arbeit sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle wurde der Kriegsveteran Gery Breesmann aus Friesenheide gewählt. Die Zahl der Genossen ist von 50 auf 60 gestiegen. Nachdem die üblichen Wahlen im Vorstände und Aufsichtsrate vorgenommen waren wurde die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 31. Juli.

— Die Dienstbeziehung der nachbenannten Beamten ist wie folgt geändert worden: Obersteuereinspektor in Obersteuereinspektor, Feuerinspektor in Sollinspektor, Obersteuereinspektor, Revisionsoberkontrollleur und Obergrenzkontrollleur in Oberpolizeiinspektor, Steuerinspektor in Sollinspektor 1. Klasse, Hauptfeueramtsassistent in Hauptvollamtsassistent, Steueramtsassistent in Zollamtsassistent, Orens- und Steueramtsassistent in Zollamtsassistent. — Das Hauptfeueramt Oldenburg führt künftig die Amtsbezeichnung Hauptvollamtsassistent, die Steueramt Steuer, Lohne, Delmerhorst, Cloppenburg, Wildeshausen, Lönigen und Westerstede haben die Amtsbezeichnung Zollamt 1. Klasse erhalten. Die Nebenvollamts 1. und 2. Klasse heißen fortan Zollämter 1. und 2. Klasse.

— Personalien. Der Seminarlehrer Dr. Korte in Verel ist zu Ostern 1920 in gleicher Eigenschaft an das Seminar in Oldenburg versetzt worden. — Der Förster ohne Revier Karl Dübme, zurzeit Fortjaufer in Cloppenburg, ist zum 1. Oktober d. J. zum Förster des Reviers Dwerge ernannt worden. — Zu Mitgliedern der Prüfungskommission für den Amtsaufwärtendienst sind ernannt worden: 1. der Hauptkasseninspektor Rogge, Oldenburg, der Ministerialsekretär Rohlf, daselbst, der Amtsaktuar Dicht daselbst und der Registrar Fricke daselbst.

— Der Beamtenauschuss für die Beamten des mittleren und unteren Verwaltungsdienstes setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Ministerialsekretär Wilke-Oldenburg (Obmann), 2. Amtsaktuar Gräß-Wehla (Stellvertreter des Obmanns), 3. Fondsverwalter Speckermann-Oldenburg (Schriftführer), 4. Amtsaktuar Mohr-Nordenham, 5. Amtsverwalter Wilken-Oldenburg, 6. Amtsaktuargehilfe Brörlinger-Brake, 7. Ministerialbote Heinrichs-Oldenburg, 8. Verwaltungsamtsleiter Geier-Jever.

— Ermittelte Diebe. Zwei Chausseure entdeckten mittels Einbruchs aus der Militärfabrikbereitschaft an der Radorfstraße zehn Automobile. Die Diebe wurden jedoch laut N. ermittelt und das gestohlene Gut, das sie inzwischen schon an einen Autohändler für 4000 Mk. verkauft hatten, wieder herbeigeschafft. Der Käufer ist wegen Hehlerei angeklagt worden. — Eine Patrouille der Sicherheitswehr überfiel nach in den letzten Nächten zwei Männer, die sie sich in Heuböden versteckt hatten, um allen Umständen nach dem glinstigen Moment für das Diebstahlwerk abzuwarten. Kurz vorher waren einem Anwohner in der Nähe drei Ölmäse aus dem Stall mittels Einbruchs gestohlen. Ein bei ihnen vorzufindender Hammer wurde an ihnen zum Verdächtig, daß sie in Karpaten auf der Weide ein Kind gestohlen und geschlachtet haben.

— Fünf Pfund Feischkartoffeln, das Pfund zu 16 Pfg., werden von heute bis zum 5. August auf blauer Karte 621 verteilt.

— Der hiesige Jagdsudverein veranstaltete hier gestern an der Alexanderhause eine Jagenschau, die mit etwa 200 Ziegern besetzt war. Trotz der Ungunst der Witterung war der Besuch gut. Das ausgefallene Jagematerial war gut bis hervorragend, so daß viele Tiere mit ersten Preisen bedacht werden konnten.

— Althorn, 28. Juli. Die Fortverwaltung hat auf der drei Jahre abgebrannten Fläche des Reviers Sobeging wieder einen Teil besamt, und es wird im nächsten Jahre die ganze Fläche wohl wieder jungen Kiefernbestand zeigen. — Zur Freude der Jagdschützen und zur noch größeren Freude der Anlieger des Baumwegs wurden kürzlich auf einer Freizeig im Revier Baumweg fünf Wildschweine zur Strecke gebracht.

Hochverratsprozess in Wilhelmshaven

§ Wilhelmshaven, 28. Juli. Der Jenge Jenerer ist bei dem Kampf um die Laufendmannkammer verwundet und ins

zazarett eingeliefert worden. Er will dort sehr schlecht behandelt worden sein.

Es werden nun Zeugen vernommen, die über die Befehle von der Wachen, des Bahnhofs, der Post und des Amtsgebäudes in Rüstungen Auskunft geben können. Sie müssen sämtlich befragen, daß die Angeklagten, soweit sie dabei in Frage kommen, in ordentlicher und höflicher Weise aufzufreten sind.

Von der Verteidigung wird beantragt, den früheren preussischen Minister Dr. Weisheit zu laden, der behauptet, daß er Kubitz gegenüber geäußert habe, er sei mit der Errichtung der Republik Oldenburg-Wilhelmshaven einverstanden und habe sich damit abgefunden. Der Erste Staatsanwalt beantragt nochmalige Ladung des Rechtsanwalts Senne, zu dem der Minister das Gegenteil gesagt haben soll. Das Gericht beschließt, den Minister telegraphisch zu laden.

§ Wilhelmshaven, 28. Juli.

Jenge Obermaat Alf bestreitet, daß die Hege von den Offizieren ausgegangen ist. Er sei von Mitgliefern des 2ler Rats veranlaßt worden. Er habe versprochen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Nationalveranlassung zu sichern. Alf Kubitz habe das zugelegt. Geheime Waffenlager habe nicht bestanden. — Angeklagter B o a bemerkt, daß unter den Plünderern am 27. Januar auch Unteroffiziere gewesen sind, wie er selbst gesehen habe. — Jenge: Wir hatten uns mit den Gemern geteilt, daß gemeinsam die Waffen abgegeben werden sollten. Da kam die Befehle der „Wilhelmshavener Zeitung“. Die uns waren nicht mehr zu halten und schritten ohne Führung ein.

Jenge Joseph Schneider vom 2ler Rat sucht diesen gegen den Vorwurf des Vorzuges zu verteidigen. Es habe ein Haß unter den Berufssoldaten gegen den 2ler Rat bestanden, besonders unter den jüngeren Soldaten, und dieser Haß sei keineswegs berechtigt gewesen.

Jenge Alf benennt einen Jengen dafür, daß Joseph Schneider im 2ler Rat den Antrag eingebracht hat, die Berufssoldaten zu entfernen. Jenge (Schriftleiter der „Zit“) Sto d i s s i c h: Der Plan für die Befreiung der Stadt durch die Berufssoldaten ist zweifellos längst vor dem 11. Januar fertig gewesen.

Verteidiger Dr. Herzfeld: Es ist ein Mann im Jubelraum, der bekunden kann, daß am 29. Januar noch Waffen aus der Matrosenhäuser ausgegeben worden sind. Dieser Mann namens Vieker bezeugt das auch.

Jenge Alf bestreitet dabei, daß geheime Waffenlager nicht mehr vorhanden gewesen sind. Erster Staatsanwalt M r z stellt fest, daß der Haftbefehl gegen Präsident Kubitz seitens der Staatsanwaltschaft aufgehoben ist. Verteidiger Dr. Herzfeld: Das freie Geleit soll ihm sichern, hier nicht verhaftet zu werden auf einem neuen Antrag hin. — Verteidiger Knob: Kubitz scheint sich hier nun rechtfertigen zu wollen, und dazu ist der Prozeß doch nicht da. Ich bitte, den Antrag Dr. Herzfelds abzulehnen. (Am diesen Antrag zu verlesen, muß man wissen, daß Dr. Herzfeld A. E. ist.) Der Antrag Dr. Herzfelds wird abgelehnt.

Es ist Zeit!

Durch den unglücklichen Weltkrieg sind über die katholischen Heidenmissionen die schwersten Leiden hereingebrochen. Das gesamte Missionswerk wurde bis in seine Grundfesten erschüttert. Die Bekämpfung und Leistungskraft für die Verbreitung des katholischen Glaubens unter den noch heidnischen Völkern ist zum großen Teile für lange Zeit hin geschwächt. In unseren katholischen Heidenmissionen sieht es schlimm genug aus. Viele derselben sind infolge der Kriegswirren ruiniert worden, daß wieder von Neuem begonnen werden muß. Der Ausfall der Opfer aus der Heimat hat die meisten dieser Missionen in bitterste Not versetzt. Dazu gefügt sich der übergroße Mangel an Glaubensboten. Und noch viele andere Wunden hat der Völkerring unserer Glaubensverbreitung geschlagen. Deshalb steht der Hilfsrat der Heidenmissionen an alle wahren Christen: „Selbst, so viel ihr immer nur helfen könnt, aber helft bald, denn doppelt gibt, wer schnell gibt!“

Nichts doch endlich auch in westlichen Kreisen der gläubigen Christenheit klare Einsicht darüber wachen, daß nach dem letzten Willen des göttlichen Heidenmissionen sieht es schlimm genug aus. Viele derselben sind infolge der Kriegswirren ruiniert worden, daß wieder von Neuem begonnen werden muß. Der Ausfall der Opfer aus der Heimat hat die meisten dieser Missionen in bitterste Not versetzt. Dazu gefügt sich der übergroße Mangel an Glaubensboten. Und noch viele andere Wunden hat der Völkerring unserer Glaubensverbreitung geschlagen. Deshalb steht der Hilfsrat der Heidenmissionen an alle wahren Christen: „Selbst, so viel ihr immer nur helfen könnt, aber helft bald, denn doppelt gibt, wer schnell gibt!“

Dieses unter dem Protektorat des hochwürdigsten Fürstbischofs Kardinals Dr. Piffi und unter der strengen Kontrolle des Wiener f. e. Ordinariats stehende Missionswerk hat seine Zentralstelle, Wien VIII., Straßgasse 41. Will man, ob Mann, Frau oder Kind, demselben beistehen, so sende man diese Willenserklärung samt Vor- und Zunamen mit dem genauen Wohnadresse an die Zentralstelle ein oder melde sich bei dem Förderer oder der Förderin.

Man kann sich 1. als b e t e n d e s Mitglied eintragen lassen und bestet täglich ein andächtiges Vaterunser mit besonderer Hervorhebung der Bitte „Zukomme uns Dein Reich“ und dem

Lobspruch: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind.“ — 2. Als g a h l e n d e s Mitglied leistet man einen beliebigen Geldebeitrag jährlich als Beisteuer für die Heidenmission in Indien. — 3. Als b e i t r ä g e r des Missionswerks werden, so erstattet man den einmaligen Beitrag von 50 bis 100 Kronen. — 4. O r d n e r wird man, indem man mindestens 500 Kronen auf einmal oder in fünf Jahresraten mibmet. Ferner kann man auch Teile bei Heidenmissionen werden. Patagonien 25 Kronen, mit der „Poligonien“ 30 Kronen und mehr. Man kann auch Adoptionskinder oder Adoptionsmutter solcher Kinder werden, indem man für ein Kind 300 Kronen erlegt. Man kann den jährlichen Unterhalt eines Missionspriesters (500 Kronen) oder eines Katecheten (200 Kronen) übernehmen. Weiter kann man dem Missionswerk zu Hilfe kommen, indem man ihm Kartoffeln, Staniol, ausgekammte Frauenhaare, Briefmarken und überhaupt alles was immer Verwendbar zuwendet.

Das Missionswerk gibt eine eigene Zeitschrift „Licht und Liebe“ heraus, welche interessante Originalberichte aus Indien und treffliche Beiträge von Kennern dieses Landes enthält. Diese Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahre und kostet mit Postsendung 1 Krone 50 Heller (1 Mk. 50 Pf., 1 Frk. 30 Kr.).

Haß und Fern.

Hagen, 27. Juli. Ein Zeitbild. In der „S. 3“ lesen wir: Ein in Hagen wohnender Kaiser miete in Hagen ein Auto, um seine in Sommer erkrankte Mutter nach Hagen zu holen. Als Fahrpreis wurden hier 700 Mk. gefordert. — Als Gegenstück dazu folgendes: Vor zwei Tagen nahm ein Herr des Nachts ein Auto für die Fahrt von der Stadt Hagen bis zum Hötting. Ein Zeit verlangte der Wagenfahrer für die Fahrt von einigen Minuten 50 Mk. Der Protest des erkrankten Fahrgastes hatte zur Folge, daß der Fahrer auch noch 5 Mk. beantragte für die durch den Protest verlorene Zeit.

Eupen, 27. Juli. Das Entgegenkommen der Belgier. Wie das Lebensmittel am mittelf, ist für Eupen, sowie die Lebensmittel in Frage kommen, heute jede Not beboben, und zwar sowohl in bezug auf Menge, wie auf Preis der Lebensmittel. Durch das Entgegenkommen der belgischen Behörden werden von heute ab Lebensmittel zu folgenden Preisen erhältlich sein: Ein zweifünftiges Weibrot 1 Mk., Auslandsweizenmehl 60 Pfg., Kaffee 1,90 Mk., Reis 95 Pfg., Erbsen 55 Pfg., Salmatz 3,20 Mk., Speck 3,30 Mk., Gefrierfleisch etwa 2,60 Mk., Auslandszucker 1 Mk., alles je Pfund. Milchbrötchen 6 Pfg. je Stück. Kartoffeln sollen zu entsprechendem Preis bezogen werden können. Dem Kreise Eupen ist ein Frankenkredit bewilligt worden; hierdurch war ein solcher Preisfall möglich. Man will dadurch die Eupener irren machen, für Belgien zu stimmen.

Briefkasten.

Frage. In den Nachbarprovinzen Preußen (Sachsen) wurden vor drei Wochen 30 Zigaretten und etliche Zigaretten und jetzt 10 Zigaretten und etliche Zigaretten an jede männliche Person über 16 Jahre zum Preise von 30 Pfg. pro Stück für Zigaretten aus Heresbeständen überföhren. Wie kommt es eigentlich, daß wir Oldenburger solche Vorteile nicht genießen können? Mit Unterstützung größtenteils voran, mit Empfang im Ausland.

G. in W. Der Seher hatte statt n ein e gelesen, was bei der Korrektur wohl übersehen war. So war aus Koeduktion (gemeinam Erziehung von Knaben und Mädchen) Koeduktion geworden.

Vermischtes.

Der Großhandel muß verdienen! Auf Anordnung der Reichsstelle für Gemüße und Obst werden die Höchstpreise für Palerlese mit Wirkung vom Mittwoch, dem 23. Juli d. J., wie folgt festgelegt: Gruppe 3: Erzeugerpreis für den Zentner 25 Mk., Großhandelspreis für 1 Pfund 24 Pfg. Die Lieferung muß in handelsüblichem Zustande ohne gesamtunabhängige Bestandteile erfolgen. — Also der Großhandel muß am Zentner 10 Mark verdienen. Ja, ja! Die Regierung ist jetzt demokratisch!

* Für 8-9000 Tack Roggenmehl verordnet! Diese unglaubliche Nachricht durch die Preise der Tagesblätter unserer westlichen Industriegegend. Bei der westfälischen Transport- und Lagergesellschaft in Dortmund lagern seit Ende 1918 und Anfang dieses Jahres auf Anordnung der Westfälischen Lebensmittellieferungsgesellschaft, also einer amtlichen Stelle, die dem Regierungspresidenten untergeordnet ist, für die einzelnen Bezirke zusammen 6000 bis 8000 Tack Roggenmehl. Dieses Mehl sollte einen Reservefonds bilden. Als Vertreter der Wahlratskommission das Mehl zwecks Kontrolle besichtigen wollten, wurde ihnen gesagt, daß das Mehl, das für die Stadt Dortmund bestimmt ist, zur Ansicht gezeigt werden könnte. Nichts Gutes ahnend, wurde noch das andere Mehl besichtigt. Es wurde festgestellt, daß 8-9000 Tack Mehl muffig, klumpig und schimmlich geworden war. Der ist zur Rechenhaft zu ziehen, wer gibt Erbsen, wer zahlt den Schaden, wer ernährt die Bevölkerung? Wenn jeder Müller, Bäcker, Bäcker für seine Ware im freien Wettbewerb selbst aufkommen muß, kommt so etwas nicht vor.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Westf. Druck und Verlag; Westf. Druckerei und Verlag G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Werlener), Westf.